

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der materiellen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben heimatischen Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 2. Oktober 1925

Nummer 40

INHALTSVERZEICHNIS

Aufbau und Bedeutung unserer Sozialversicherung
Konferenz der österreichischen Staats- und Telegraphenarbeiter
Der Kongreß der französischen Gewerkschaften (C.G.T.)
Gefährden Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen die Wirtschaft
Das biogenetische Grundgesetz
Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Wostauer Wasserwerksarbeiters
Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Aus der Spruchpraxis • Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus unserer Bewegung • Rundschau.

Lehrstuhl und Wirtschaft:

100 Jahre Gasbeleuchtung in Deutschland • Das Großkraftwerk Rummelsburg der Stadt Berlin • Rundschau.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Was ist Gustin?



Dr. Oetker's Gustin ist ein sehr feiner Stärkepudder, ein Erzeugnis von höchstem Nährwert, größter Verdaulichkeit und hervorragendem Geschmack.

Gustin dient zur Herstellung von Puddings, Flammeris, Cremes, Kuchen und Süßspeisen aller Art. Es eignet sich ganz besonders zur Bereitung von Kinder- und Krankenspeisen, kurz, Gustin ist

unenbehrlich für jede Küche.

Ein Versuch wird jede Hausfrau betriebligen.

Sie kaufen Dr. Oetker's Gustin in Original-Päckchen mit der Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“ zum Preise von 33 Pfennig in allen einschlägigen Geschäften.

Besondere Gustin-Rezepte erhalten Sie kostenlos ebendasselbst, oder wenn vergriffen, gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Kollegen!

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unverlangte

Nachnahme-Sendungen,

die die Post vorlegt,

nicht eingelöst

zu werden brauchen. Es besteht also keinerlei Verpflichtung, Nachnahme-Sendungen, die nicht bestellt sind, vom Postboten durch Bezahlung anzunehmen.

Richard Seidel

Die Gewerkschaften nach dem Kriege

Preis: In Ganzleinen 6.— Mark

Das Buch stellt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Deutschland seit 1918 dar, beleuchtet die allgemeine Lage der Bewegung, wie sie sich infolge der revolutionären Ereignisse gestaltet hat, und erörtert in einer Reihe von Abhandlungen die infolge der Veränderung der allgemeinen Situation für die Gewerkschaften aufgetauchten Probleme und Aufgaben im einzelnen. Der Verfasser steht im praktischen Leben der Bewegung und gründet seine Darstellung auf die intime Kenntnis der Tatsachen, die sich aus einer unmittelbaren Teilnahme an der Bewegung ergibt.

Zu beziehen durch die

Abteilung Bücher und Schriften

Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

Theaterstücke

für Vereins-Abende

Neu, Vergrößerter Ausgabe, Preis 2.00
Kataloge kostenlos
A. Hoffmann's Verlag
Berlin O, Wilmersd. 27, 1904 8

Musik-Instrumente



Alle Art. auch Spezial-Instrumente kaufen Sie am billigsten
dir. a. Herstellungsort
Katal. grat. Zahl. nach
Übereinst. ohne Teilzahlungsrecht. In Best. Musikverlag, 31 V. 1. 1904. Nr. 135.

Junge Hühner, sehr leger



liefert
Getreide
in Mengen
heim u. c.
Preisliste frei

Gummimantel

aus
mit Regen ... 18.50 M
mit Stoffung ... 22.00 ..
Arbeitsmann ... 1.50 ..
Wäschschutzhülle ... 1.50 ..
Schaffstiel ... 15.00 ..
mit Hochdruckverm.
K. Schöllich
Berlin SW 47, Großmannstr. 5/6

Wichtige Musik treiben —



MUSIK
Instrumente
die Schuler, Schüler und ihre
Darstellung. Sie Preisliste

MAX DÖRFEL
Klingenthal/Sachs. Nr. 50

Preußische Staatslotterie

Ziehung der 1. Klasse am 16. u. 17. Okt.
Höchstgewinn

Zwei Millionen R. M.

Hauptgewinn 2000000

500000

300000

200000

100000

Doppellose zu 48.— Mark

Ganze Halbe Viertel Achtel-Lose

24.— 12.— 6.— 3.— M.

Poste und Liste 25 Pf. extra.

Schwarz Berlin

Neue Königstraße 86

Postfachkontor Berlin 2110

Telegr.-Adr.: Göttinger Straße

Die guten Aberslautitzer Wäschstoffe

usw. kaufen Sie bei M. Bruno Kaiser,

Oberlichtenau Bez. Dresden.

Leinwandstücke 2 teil. Barn. nur 12 Mark - Wäscheband

aus Kipberchind nur 2 1/2 Mark - Preisliste grat.

Garderobe

mit Teilzahlung

Herren Damen

Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider

Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke

Gate Ware / Solide Preise

Große Auswahl

M. Beiser, Berlin

In Berlin: Lohstraße
Straße 67 / Im Felde:
Frankfurter Allee 338.

LEST DIE URANIA!

TARIFLÖHNE

der Beschäftigten im

Organisationsbereich

des Verbandes der

Gemeinde- und Staatsarbeiter

nebst Ausführungsbestimmungen

Preis 1,50 Mk.,

für Verbandsmitglieder 0,50 Mk.

zu beziehen durch die

Abteilung Bücher und Schriften

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur R. Dittmer)
Sprechstunde: Amt Marienplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Aufbau und Bedeutung unserer Sozialversicherung.

Mit dem nachfolgenden Artikel beginnen wir eine neue Kausalfolge unserer sozialpolitischen Mitarbeiter Fr. K. Lee & Co. Wir wollen damit eine Uebersicht für unsere Leser schaffen, die insofern gegenwärtig besonders bedeutungsvoll ist, als sich die sozialpolitische Bewegung in letzter Zeit trotz erheblicher Umgestaltung wieder in einen festeren Rahmen eingestückt hat. Wir erwarten von unserer Leserschaft, daß sie diese Aufsätze eingehend studiert. Die Aufsatzreihe soll dann später erheblich ergänzt in unserer Broschürenreihe erscheinen.
D. Red.



Die „Sozialversicherung“ ist im tiefsten Sinne des Wortes der erste praktisch ausgeführte Schritt zur Einführung einer neuen Weltanschauung und Weltordnung. Das altbekannte Gewerkschaftswort „Einer für alle, alle für einen“ ist der Grundstein der Sozialversicherung. Die fortschreitende Kultur brachte immer mehr Gefahren für des Menschen Gesundheit und Güter mit sich, ebenso wie die heutige Gesellschaftsordnung die Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz vergrößert. Der einzelne vermochte gegen diese Erscheinungen nicht anzukämpfen. Die Vereinigung zur Abwehr und Minderung der Schäden war daher zwingende Notwendigkeit. Den Versicherungsgeboten als Keimzelle des Sozialismus zu betrachten, ist ganz richtig und hat vollkommen seine Berechtigung. Man kann die Entwicklung der Sozialversicherung irgendeines Volkes mit vollem Recht als Gradmesser für den Stand des sozialen Gedankens überhaupt ansehen.

Die deutsche Sozialversicherung ist in vielen Dingen für ähnliche Einrichtungen der anderen Länder vorbildlich. Sie besitzt viele Eigentümlichkeiten und ausgeprägte Eigenarten, die auf eine hohe Entwicklung des sozialen Gedankens unserer Volksgenossen hinweisen. Die wichtigsten Momente sind: Mitwirkung und Aufsicht des Staates, Heranziehung der Arbeitgeber zu den Kosten und vor allen Dingen der Versicherungsbeitrag. Ebenso ist die wenn auch in manchen Beziehungen nur lockere Zusammenziehung der einzelnen Versicherungsträger sehr wesentlich für die Weiterentwicklung und das Zusammenarbeiten auf den einzelnen Gebieten. Daß unsere Sozialversicherung heute ohne Fehler und Mängel dasteht, soll damit noch nicht gesagt sein. Sie hat noch lange nicht den Stand der abgeschlossenen Vollkommenheit erreicht. Der größte Mangel, der unserer Sozialversicherung anhaftet, ist die Zersplitterung und Zerrissenheit, wenn auch, wie bereits erwähnt, zwischen den Versicherungsträgern eine mehr oder weniger enge Verbindung besteht. Durch die ganze Versicherung geht ein Riß. Es ist dies der Unterschied, der zwischen Arbeiter und Angestellten gemacht wird. Die Hauptschuld tragen hieran die nationalen Angestelltenverbände deren Macht leider immer noch nicht vollkommen gebrochen ist. Die Angestellten haben nicht nur in der „Angestelltenversicherung“, dem Gegenstück der Invalidenversicherung, ihre besondere Einrichtung, in der Krankenversicherung tanzen sie mit ihren Ersatzkrankentassen ebenfalls aus der Reihe. Daß diese Sonderstellung den Angestellten durchaus nicht zum Vorteil gereicht, werden wir an anderer Stelle noch sehen.

Ein weiterer großer Vorteil der deutschen Sozialversicherung ist der der sogenannten Selbstverwaltung. Obgleich die Versicherung auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen geschieht, verwalten sich die einzelnen Versicherungsträger doch vollkommen selbständig. Die Personen, die die Mittel durch Beitragszahlung aufbringen, haben

selbst das Recht und die Pflicht, über die Verwendung derselben innerhalb des gesetzlichen Rahmens Sorge zu tragen. Bei allen Versicherungsträgern und bei den Aufsichtsorganen schicken die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer ihre Vertreter je nach dem Verhältnis der Lastenverteilung in die Organe (Ausschuß, Vorstand usw.). Hierdurch wird nicht nur ein großes Interesse weiter Volkskreise an der Sozialversicherung wachgehalten, sondern die Versicherungsträger genießen in der Öffentlichkeit ein größeres Vertrauen und sind in ihrer Bewegungsfreiheit nicht so beschränkt, als wenn sie starre Behörden wären, die nur ihren Amtsschimmel kennen und die von „oben“ dirigiert werden. Daß bereits seit Bestehen der Versicherung bestimmte Kreise für eine möglichst gänzliche Abschaffung oder wenigstens eine Einschränkung dieser Selbstverwaltung sind, ist allgemein bekannt.

Die rechtliche Grundlage der Sozialversicherung ist ein Reichsgesetz, die „Reichsversicherungsordnung“ (in der Folge kurz RVO, genannt). Dieses Gesetz umfaßt sämtliche Gebiete der Versicherung. Die Versicherung selbst zerfällt in drei große Abschnitte: die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invalidenversicherung. Die RVO. enthält außerdem noch umfangreiche Abschnitte über das Zusammenarbeiten der einzelnen Gebiete, über die Verfahren bei Feststellung der Leistungen usw. Alle drei Versicherungsarten beruhen, wie schon der Name sagt, andere Gebiete. Der in der Öffentlichkeit am meisten bekannte Zweig, der wohl auch am leistungsfähigsten ist, ist die Krankenversicherung mit ihren Nebenleistungen, Wochenhilfe usw. Diese Versicherung hilft ihren Mitgliedern bei kürzeren Wechselfällen im Leben, Krankheit, Entbindung und Tod. Die Unfallversicherung ist speziell auf die Entschädigung der direkt bei oder durch die Arbeitsleistung eintretenden Schädigungen an Leib und Leben eingestellt. Dabei gilt neuerdings als vornehmste Aufgabe der Unfallversicherung das Bestreben zur Verhütung von Betriebsunfällen durch die verschiedensten Mittel. Die Invalidenversicherung endlich ist eine Versorgung unserer Arbeitsinvaliden bei dauernder Arbeitsunfähigkeit und im höheren Alter. Auch für die Hinterbliebenen dieser Veteranen wird durch diese Versicherung in geringem Maße Sorge getragen. Die Leistungen dieser Versicherungsarme im einzelnen und in ihrem inneren organischen Aufbau werden wir in den folgenden Kapiteln erörtern.

In unserem Wirtschaftsleben hat die Sozialversicherung eine sehr große Bedeutung. Eine Wirtschaftsführung mit Produktion und Handel ist ohne eine ausreichende Sozialversicherung überhaupt nicht mehr denkbar. Es muß leider offen gesagt werden, daß dies von den Arbeitgebern immer wieder anerkannt wird, während die Arbeitnehmer dieser Einrichtung, die doch eigentlich ein richtiges Kind der modernen Arbeiterbewegung ist, nicht die ihr zukommende Aufmerksamkeit schenken. Welche große Bedeutung die Sozialversicherung hat, geht daraus hervor, daß rund zwei Drittel unserer Bevölkerung als Versicherte oder als Familienangehörige Rechtsansprüche an die Leistungen der Kranken-, Unfall- oder Invalidenversicherung haben. Mindestens 30 000 Personen sind mit der Ausführung der Versicherung hauptberuflich und etwa die acht- bis zehnfache Zahl nebenberuflich und ehrenamtlich beschäftigt. Nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts gab es im Jahre 1921 im Reichsgebiet 8614 Krankentassen mit einer Mitgliederzahl von rund 20 Millionen Personen (einschließlich der Knappschafts- und Ersatztassen). Zum Zwecke der Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung be-

Randen Ende 1924 67 gewerbliche und 45 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften. Hierzu kommen noch 158 Ausführungsbehörden der Betriebe des Reichs und der Länder, außerdem 239 provinzielle und gemeindliche Ausführungsbehörden. Im Jahre 1923 unterlagen der Unfallversicherung 5 326 955 Betriebe mit 23 553 129 Versicherten. Die im Jahre 1924 auf Grund der Unfallversicherung geleisteten Entschädigungen betragen nach einer vorläufigen Schätzung rund 112 Millionen Mark. Die Ausgaben der Invalidenversicherung im Jahre 1924 betrugen rund 418 Millionen Mark. Aus diesen wenigen Zahlen kann man ebenfalls ersehen, welche Bedeutung die Sozialversicherung hat. Die Sozialversicherung ist aber nicht nur für den einzelnen Arbeitnehmer eine dringende Notwendigkeit, sie ist auch für das Volksganze unerlässlich. Die Versicherungsträger wenden erhebliche Summen für die Erhaltung der Volksgesundheit auf. Hauptsächlich geht der Kampf gegen die weitere Ausdehnung und Ausbreitung der beiden großen Volksfeinden, die jedem Kulturvolk eigen sind: der Lungentuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Was die Versicherungsträger in dieser Beziehung durch Einrichten von Beratungsstellen, Erholungsheimen, Versorgung mit ärztlicher Hilfe und Arznei, durch Aufklärung in Vorträgen, Ausstellungen, Flugblättern usw. geleistet haben und leisten, ist unerlässlich. Eine Bekämpfung dieser Volkskrankheiten ohne die Versicherungsträger mit ihren vorbildlichen Einrichtungen ist ausgeschlossen. Es ist undenkbar, daß das deutsche werktätige Volk die erdrückenden Lasten der letzten zehn Jahre ertragen hätte, wenn ihm die Sozialversicherung nicht helfend und sorgend zur Seite gestanden hätte. Auch von den Regierungen sind die Verdienste der Sozialversicherung stets gewürdigt worden. Nur durch eine gut ausgebaute Versicherung kann der gesundheitliche Wiederaufbau Deutschlands durchgeführt werden.

In letzter Zeit wenden die Versicherungsträger ihr Augenmerk nicht nur auf die Heilung bereits bestehender Krankheiten, nein, sie nehmen die vorbeugende Maßnahme als höchste Pflicht in Angriff.

Sie gehen dabei von dem ganz richtigen Standpunkt aus, daß Krankheiten verhüten leichter ist, als sie zu heilen. Von den Krankentassen werden immer größere Summen zur Pflege der unmündigen Kinder aufgewendet. Wenn diese Maßnahme überall mit dem nötigen Eifer und den nötigen Mitteln durchgeführt würde, dann wäre es um unsere Volksgesundheit weit besser bestellt. Leider sind aber den Krankentassen die Hände gebunden. Sie können über ein bestimmtes Maß nicht hinausgehen, da ihnen die Mittel fehlen.

Ein Beweis, daß die volkswirtschaftliche und staatsrechtliche Bedeutung des Versicherungswesens in neuerer Zeit im besonderen Maße im Wachsen begriffen ist, ist auch das Folgende: die alte Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 erwähnte mit keinem Wort die soziale Versicherung. Die neue, in Weimar beschlossene Verfassung widmet der Versicherung eine ganze Reihe von Bestimmungen. Artikel 161 besagt hierüber:

„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterchaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“

Besonders der letzte Satz ist für die heutige Zeit mit ihrem Kampfen um die innerpolitische Macht wichtig. Den Arbeitern ist die Mitwirkung an der Gestaltung und Verwaltung der Versicherung durch die Verfassung garantiert. Allerdings darf man allerdings auf diese Garantie heute nicht geben. Zurzeit entspricht die Sozialversicherung noch nicht ganz den in der Verfassung angegebenen Richtlinien. Der Wortlaut der Reichsverfassung zeigt eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie, in dem eine fast gleichlautende Forderung erhoben wird. Unsere Pflicht und Aufgabe muß im eigenen Interesse und auch zum Wohle der Familie die sein, stets und ständig für einen weiteren Ausbau und eine vervollständigung der Sozialversicherung einzutreten.

Konferenz der österreichischen Staats- und Telegraphenarbeiter.

Die „Technische Union“ in Wien, Organisation der österreichischen Staats- und Telegraphenarbeiter, hatte für den 19., 20. und 21. September 1925 eine Konferenz nach dem schönen, an der Donau gelegenen Städtchen Rinz einberufen. Auf der Tagesordnung standen Referate über die Wirtschaftslage der Staatsarbeiter in den Bundesbetrieben sowie über die Betriebs- und Dienstverhältnisse im Telegraphen- und Fernsprechwesen. Außerdem standen auch Organisationsangelegenheiten auf der Tagesordnung.

Von unserem Verbandskollegen Stetter anwesend. Aus den Referaten ging hervor, daß die Staatsarbeiter Österreichs genau wie ihre Brüder in Deutschland erst in der Nachkriegszeit sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen durften und deshalb auch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse eine ziemliche Lehnlichkeit aufwiesen. Ein Unterschied besteht in Österreich allerdings darin, daß die Zahl der unter einen Kollektivvertrag fallenden Arbeiter außerordentlich gering ist und die arbeitsrechtlichen Verhältnisse noch größtenteils durch sogenannte Dienstordnungen geregelt werden. In besonders starkem Maße aber wird vorwiegend bei den Telegraphenarbeitern das Beamtenverhältnis angestrebt und die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten befindet sich daher auch heute schon in einem festen Anstellungsverhältnis. Nicht ganz so günstig liegen die Verhältnisse in den übrigen Bundesbetrieben. Dort weisen die Arbeitsbedingungen eine sehr starke Verschiedenartigkeit auf. In erster Linie wurde Klage geführt von den Forstarbeitern, die nicht nur unter dem veralteten Bureaucratismus der ehemaligen kaiserlichen Regierung zu leiden haben, sondern auch in sozialer Hinsicht gegenüber ihren übrigen Kollegen zweifellos benachteiligt sind. Da entsprechenden Resolutionen wurden die Wünsche der verschiedensten Arbeiterkategorien niedergelegt, die gleichzeitig Richtlinien darstellten, nach welchen die Organisation in der Zukunft zu arbeiten geseht ist.

In organisatorischer Hinsicht haben die österreichischen Kollegen gegenüber den deutschen zweifellos voraus, daß dort vom Arbeiter bis zum Beamten alles in einer einheitlichen Organisation vereinigt ist. So saßen in voller Eintracht die Beamten der Staatsdruckerei Wien, die Telegraphenbeamtinnen und die aus den Bergen Tirols gekommenen Waldarbeiter auf der Tagung zusammen. Ein Bild von fester Solidität, das seinen Eindruck besonders unter Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse gerade auf uns den allerstärksten Eindruck machen mußte. Da wird nicht, wie es leider bei uns gleich hi, von einer gewissen Beamtenpsyche gesprochen, auf die man fortgesetzt Rücksicht zu nehmen hat. Ueber diese Dinge sind die Dester-

reicher längst hinweg. Sie haben eingesehen, daß nur durch gemeinsame Zusammenarbeit und Zusammenfassung aller Kräfte etwas Ersprießliches geleistet werden kann. So kommt es sicherlich auch nicht von ungefähr, daß gerade in der Telegraphenverwaltung im Betriebe nicht nur ein außerordentlich harmonisches Verhältnis vorhanden ist, sondern daß auch die Kollegenschaft tatsächlich etwas zu bestimmen hat.

Als besonderes Merkmal der Tagung ist jedoch hervorzuheben, daß beschlossen wurde, der Internationalen Federation der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe beizutreten. Dadurch wird unsere Internationale nicht nur eine Stärkung erfahren, sondern es wird vor allen Dingen die Möglichkeit geschaffen, in Zukunft in stärkerem Maße mit unseren österreichischen Kollegen in Fühlung zu bleiben. Blauschicht gelingt es dann einmal mit vereinten Kräften, die heute noch in den Berufsorganisationen befindlichen Gemeindearbeiter zu einer gemeinsamen Organisation aller Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe Österreichs zusammenzufassen.

Die Ringer Tagung unterschied sich aber auch in gesellschaftlicher Hinsicht von unseren deutschen Veranstaltungen solcher Art. Die Telegraphenarbeiter der Stadt Wien besaßen eine eigene Musikkapelle, die in ganz hervorragender Weise geschult ist und sowohl am Sonnabend als auch am Sonntagabend die Konferenzteilnehmer durch ihre herrlichen Musikvorträge erfreute. Auch das von der Staatsdruckerei Wiens angewendete humoristische Quartett tat sein übriges, um eine recht und echt österreichische Stimmung aufkommen zu lassen. Alles in allem kann diese Tagung als im Interesse der österreichischen Arbeiterschaft durchaus gelungen bezeichnet werden. Daß der Kollege Stetter als Teilnehmer der deutschen Bruderorganisation mit ganz besonderem Beifall empfangen wurde, braucht hier kaum noch erwähnt zu werden. In Österreich ist zweifellos nicht nur die gewerkschaftliche und parteipolitische Solidität mit dem deutschen Proletariat vorhanden, sondern auch ein allgemeiner starker Zug, dem Mutterlande wieder angeschlossen zu werden. Das wurde besonders auch von dem Kollegen Stetter in seiner Begrüßungsbrede und seinen weiteren Ausführungen während der Tagung zum Ausdruck gebracht. Im übrigen wurde noch darauf verwiesen, daß, falls dieser Anschluß einmal Wirklichkeit wird, die österreichische Kollegenschaft versichert sein darf, daß auch in Deutschland durch die Tätigkeit der Organisationen in öffentlichen Betrieben geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen und daß genau wie in Österreich gegenüber der Vorkriegszeit so manches anders und besser geworden ist.

Der Kongress der französischen Gewerkschaften (CGT).

Vom 26. bis 29. August 1925 fand im „Gymnase Voltaire“ in Paris der ordentliche Kongress der CGT statt, an dem über 800 Delegierte von ganz Frankreich teilnahmen. Die französische Gewerkschaftsbewegung befindet sich gegenwärtig — ähnlich wie die deutsche — in raschem Aufstieg. Nach heftigen Kämpfen, insbesondere mit den Kommunisten („Unitaires“) wurde durch das Ausschleiden der letzteren Klarheit geschaffen und die zerrüttenden Bruderkämpfe hörten auf. Der Vorsitzende des Kongresses, Gutraud, brachte in einer glänzenden Einleitungsrede zum dreißigjährigen Bestehen der CGT zum Ausdruck, wie in der Zeit von 1895 bis 1900, sozulagen die Jugendzeit der CGT, der Syndikalismus mit wesentlich anderen Zielen und Auffassungen zusammengesetzt war. In der zweiten Epoche von 1900 bis 1914 wurde eine größere Einheit innerhalb des Gewerkschaftsbundes erzielt sowie auch bezüglich der Arbeitsbüros, die in Frankreich schon früher halbamtlichen Charakter hatten und von den Gewerkschaften stark beeinflusst wurden. Von 1914 bis 1920 folgte die Zeit des Krieges und der Nachkriegswehen mit ihrer verheerenden Vernichtung des gewerkschaftlichen Gedankens. Es folgte die Zeit von 1920 bis 1925, in der durch den schlecht vorbereiteten Streik der Eisenbahner 1920 es zur Maßregelung von 25 000 Eisenbahnern und zur Auflösung der CGT kam. Der größte Tiefstand wurde jedoch erst durch die Kommunisten erreicht, die 1921 eine Spaltung gewaltfam herbeiführten. Der Redner sagte hierzu: „Wir blicken auf diese Epoche zurück wie auf einen wüsten Traum und freuen uns, sie jetzt überwinden zu haben.“ Mehr denn 1800 Einzel-syndikate sind der CGT angeschlossen. Eine sehr eindringliche Begrüßungsrede hielt auch der 1. Vorsitzende der CGT, Jouhaux, der besonders die zahlreich erschienenen ausländischen Delegationen darauf hinwies, daß Paris nicht etwa nur die Stätte des Vergnügens und des Luxus ist, sondern daß sie in viel stärkerem Maße die Stätte der Arbeit, des Denkens und der Revolution sei.

Einen starken Eindruck machte in der Diskussion die markante Rede des Eisenbahners Bert, der in scharfen Worten gegen die beschwermisliche Partei als Fortstörerin der proletarischen Einheit sprach unter lebhaftem Beifall des gesamten Kongresses. Er sagte unter anderem: „Die Kommunisten haben nicht die ehrliche Absicht, die Einheit der Arbeiterbewegung heranzuführen. Wir kennen sie zu Genüge. Wir haben sie am Werk gesehen. Ihre Vorbilder sind Machiavelli und Voltaire, denen sich Lenin angeschlossen hat. Ihr ehrliches Angebot, wieder zu uns zu kommen, ist nicht ehrlich. Bei ihnen gibt es nur Generale, die kommandieren, und Soldaten, die gehorchen. Die letzteren sollen nicht denken, sie haben nur blindlings Befehle auszuführen.“ Eine ganze Anzahl anderer Redner sprachen sich im ähnlichen Sinne über die Kommunisten aus. Interessant waren auch die Ausführungen des Kameraden Cazeneuve von Bordeaux: „Auch ich gehöre zu denen, welche eine Studienreise nach Rußland gemacht haben. Ich bin als großer Revolutionär abgerüstet, und bin zurückgekehrt als großer Reformist.“ Mit Stimmeneinhelligkeit wurde immerhin beschlossen, die „Unitaires“ und „Autonomen“ (kommunistische Abspaltungen) zu empfangen. Sie wollten gemeinschaftlich wieder der CGT angeschlossen sein. Dies wurde jedoch abgelehnt und nur beschlossen, daß die einzelnen Mitglieder sich ihren jeweiligen Organisationen wieder anzuschließen haben. In der großen Rede Jouhaux über den Geschäftsbericht entrollte er ein gewaltiges Bild von der Tätigkeit der CGT, sowohl über die Bemühungen, um das Washingtoner Abkommen zu sanktionieren, als auch über die Einführung der sozialen Versicherung von Staats wegen. Er führte weiter aus: „Wir unterstützen die russische Revolution, aber wir verlangen von der russischen Regierung die Freiheit als höchstes Gesetz. Der Platz der russischen Gewerkschaften ist frei in der Internationale. Wir heißen sie willkommen, aber sie müssen unsere Statuten anerkennen, sie müssen sich der Mehrheit beugen. Ist ein Delegierter im Saal, so frage er, der eine andere These vertritt? Niemand erhob sich. Jouhaux gab unter anderem noch bekannt, daß gerade jetzt das Vertrauen der Arbeiterschaft zur CGT, zurückkehrt, da bereits wieder über 800 000 Mitglieder sich um ihr Banner scharen, ihre Finanzen bessern sich und das Organ „Le Peuple“ („Das Volk“) hat die finanziellen Schwierigkeiten überwunden. Es erscheint lässlich. Diese Darlegungen wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Interessant war noch die Mitteilung, daß die französische Lehrerschaft mit 75 000 Organisierten nunmehr zur CGT getreten ist. Man kennt in Frankreich vorerst keine „Dreifältheorie“ (Arbeiter, Angestellte, Beamte). Der Führer der Lehrerschaft, Clay, gab unter lebhaftem Beifall der Delegierten ein Bild von der Auffassung der Lehrer, die berufen sind, die neue Generation zu erziehen im Geiste und im Programm der CGT:

„Wir werden der Jugend die große Idee der Solidarität und der Nächstenliebe einpflanzen und die Toleranz pflegen, um sie zu richtigen Kämpfern der großen Menschheitsidee zu machen.“

Namens der deutschen und ausländischen Delegierten brachte Grafmann vom ADGB die herzlichsten Begrüßungsworte, worin es u. a. heißt: „Wir wollen keinen Krieg mehr, wie ihr ebenfalls keinen mehr wollt. Wir sind überzeugt, daß die Zusammenarbeit der Arbeiterschaft den Tag dauernden Friedens und Freiheit nähern wird.“ Die eigentliche Arbeit des Kongresses wurde in der Hauptsache, wie in fast allen französischen Tagungen, in die Kommissionen verlegt. Die Berichterstatter trugen dann ihre Vorschläge namens dieser Kommissionen vor. Es wurden Beschlüsse gefaßt über bezahlte Ferien, Verbesserung der Gewerbeinspektion, Schutz für Frau und Kind, Achttundentag, Verbesserung der Unfallgesetzgebung, Pensionen, Rechtsauskunftsstellen, Erhöhung der Löhne, Reform des Unterrichtswesens, Arbeiterkontrolle der Betriebe und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Es wurde auch erneut ein Bericht über die Einheit der französischen Gewerkschaften gegeben aus der Kommissionsberatung, worin der Wiederanschluß der Kommunisten nur von den Einzel-syndikaten vorgenommen werden kann, auf der Basis von „Treue, Ehrlichkeit und Freiheit“.

An dem Kongress nahmen unsere Kollegen Beder und Dittmar als Gäste auf besondere Einladung unserer französischen Brudergewerkschaften teil. Sie hatten dabei auch Gelegenheit, mit den französischen Kollegen des Beleuchtungsarbeiterverbandes zu sprechen, die im Zuge sind, sich mit unserer Brudergewerkschaft zu kartellieren und zu verschmelzen.

Von französischen Genossen, die seit Jahrzehnten in der Bewegung stehen, wurde uns versichert, daß ein so imposanter, einheitlicher und geschlossener Verlauf des Gewerkschaftskongresses, wie der Pariser, kaum dagewesen sei. In der Tat erscheint es uns auch so, daß sich die französische Arbeiterschaft in ihren Organisationsbestrebungen mehr und mehr der Einheitslinie nähert, die die deutschen Gewerkschaften sowie die skandinavischen seit fast zwei Jahrzehnten zu der ihrigen gemacht haben. Damit sind auch die Vorbedingungen für die Völkerverständigung zwischen Frankreich und Deutschland wesentlich besser geworden als in der Vorkriegszeit. Es bleibt nur zu hoffen, daß unsere rechtsgerichtete Diplomatie nebst Regierung nicht wieder alles verdirbt, was so mühsam aufgebaut wird. E. D.

Gefährden Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen die Wirtschaft?

Die Annahme der Zoll- und Steuergesetze besichert uns eine Steigerung der Preise aller zum Lebensunterhalt notwendigen Waren und damit verbunden, schwere Kämpfe zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Das Unternehmertum wehrt sich mit aller Macht, den Forderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Die Presse der Industrie jammert über die schwere Belastung der Unternehmungen. Und dies zu dem Zeitpunkt, wo man die gesamte Arbeiterschaft durch die neuen Steuer- und Zollgesetze bis auf das äußerste belastet hat. Alles irgend denkbare, Brot, Fleisch, Kleidung, Wäsche, Miete hat man gesteigert. Man wälzt die durch den verlorenen Krieg entstandenen Kosten einzig und allein auf die Arbeiterschaft ab, plündert sie bis auf das nur Mögliche aus. Es gilt aber nun einmal klarzulegen, ob die Forderungen der Arbeiterschaft übertrieben sind, wie sich eigentlich die Gewerkschaften prinzipiell den Unternehmern gegenüber einstellen.

Das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft besteht darin, daß aus dem Geldkapital Warenkapital hergestellt wird, d. h., daß mit Hilfe des Geldes Waren hergestellt werden. Mittel zur Warenherstellung sind die Produktionsmittel und die Arbeitskraft. Die Arbeitskraft erbringt den Profit, da der Warenverkauf nicht zur Erzielung des Profites dient, sondern nur zur Realisierung (Umwandlung). Die Arbeitskraft trägt den Charakter einer Ware, die vom Arbeitnehmer mit Geld gekauft wird. Die Ware ist dem Besitzer auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Er braucht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse keinerlei Rücksicht zu nehmen; da man der Ansicht ist, daß man die Gesellschaft am besten fördert, wenn man das eigene Interesse fördert. Wir können allerdings heute schon verzeichnen, daß diese liberale Auffassung unterbrochen wird, daß das Eigentumsrecht schon häufig beschränkt ist. Der Staat hat oftmals in die Privateigentumsrechte eingegriffen. Die liberale Form wurde aber nicht nur durch den Staat verlassen, sondern auch durch die gewerkschaftliche Organisation. Die gewerkschaftliche Organisa-

tion wurde von der Arbeiterschaft selbst erreicht und errichtet, um sich gegen die starke Ausnützung der Arbeitskraft zu wehren. Das Eingreifen des Staats wurde bedingt, weil die Gesellschaft durch den Raubbau mit der Arbeitskraft Schaden erlitt. Es gibt jetzt gesellschaftliche Gruppen, die unter Beeinflussung des Staats die Arbeitsverhältnisse regeln. Der Wert der Arbeitskraft richtet sich nach der Arbeitszeit, die notwendig ist, um die Lebensmittel, die der Arbeiter und seine Familie benötigt, herzustellen. Wir Sozialisten behaupten, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit geringer ist als die, welche man heute von den Arbeitern verlangt, zumal bei allgemeiner Arbeitspflicht und vollständiger Ausnützung allen technischen Fortschritts. Das, was von den Arbeitenden über ihre Bedürfnisse hinaus erzeugt wird, der Mehrwert, fließt in die Taschen der Nichtstuer. Allerdings wird auch die sozialistische Gesellschaft ohne Mehrwertzeugung nicht auskommen, aber mit dem Unterschied, daß hier der Ueberfluß der Gesamtheit zugute kommt.

Es ist nun ganz falsch, wenn die Unternehmer behaupten, die Arbeiter führten den Klassenkampf dergestalt, daß die Unternehmer gezwungen werden, ihre Betriebe zu schließen, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt seien. Würden die Arbeiter mit ihren Forderungen zu weit gehen, so wären schon heute die Fabriken geschlossen und längst die Wirtschaft vernichtet. Die organisierte Arbeiterschaft hat aber kein Interesse daran, da sie ja die Wirtschaft benötigt und sie weiter ausbauen will zur sozialistischen.

Um den Arbeitsertrag zu steigern, wenden die Unternehmer Methoden an, die dem Arbeiter nicht von Vorteil sind, dazu gehört das Affordsystem, das oft ein raffiniert ausgeklügeltes System zur Herabdrückung der Löhne ist, das Prämiensystem und die Einführung von Gewinnanteilen. Wir sind der Ansicht, daß man auch mit anderen Mitteln die Arbeit rationalisieren kann, und zwar durch eine Auswahl und Schulung der Arbeiter. Jeder Mann an den Posten, der für ihn geeignet ist. Die Auswahl nimmt man mit Hilfe der Psychotechnik vor, die schon in starkem Maße in Amerika angewandt wird. Ford hat seine Arbeiter mit Hilfe der Psychotechnik in die einzelnen Produktionsstätten eingegliedert und damit einen ungeheuren Erfolg erzielt. Also hat sich hier die wissenschaftliche Betriebsführung auf das Beste bewährt, zumal sie sich nicht nur auf den Arbeiter selbst, sondern auch auf die Produktionsmittel anwenden läßt. Der Rhythmus der Arbeit muß wissenschaftlich gelenkt werden; die psychische Eignung der Arbeitsträfte für die zu erzielende Arbeit muß festgestellt werden. Man muß natürlich vor einer Uebertreibung warnen, da das Taylorsystem in seiner rohen Form den Menschen ruiniert. Man kann gegen die allzu starke Mechanisierung Gegengewichte schaffen, indem man die Arbeitszeit verkürzt, was übrigens eine Folge der Rationalisierung wäre, die Arbeiter auswechselt, ihnen bessere Ausbildung zuteil werden läßt. Ihre finanzielle Besserung wird es ihnen weiter ermöglichen, sich in verstärktem Maße mit Wissenschaft, Kunst usw. zu beschäftigen. So kann durch die Rationalisierung der Arbeit eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführt werden.

Wie verhält sich nun der Lohn des Arbeiters hierzu? Die Bewegungen des Real- und Nominallohns sind nicht gleich. Die Inflationszeit hat nun das beste Beispiel dafür erbracht. Wir wollen nun willkürlich annehmen, daß ein Arbeiter sich 10 Kilogramm Brot zu einem Preise von 4 Mk. bei einem Verdienst von 28 Mk. kaufen kann. Der Wert der Arbeitskraft soll dafür 4 Stunden betragen, die Arbeitszeit 28 Stunden. Der Mehrwert soll 20 Ueberstunden sein. Das Bild würde wie folgt aussehen:

Wert der Arbeitskraft	Reallohn	Nominallohn
4 Std. bei 28 Std. Arbeitszeit	10 kg Brot	4 Mk. bei einem Verd. von 28 Mk.
Mehrwert: 20 Arbeitsstunden.		

Durch die Rationalisierung soll sich nun der Preis des Brotes auf 2 Mk. vermindern. Das Bild würde jetzt ein anderes Gesicht bekommen:

Wert der Arbeitskraft	Reallohn	Nominallohn
2 Std. bei 28 Std. Arbeitszeit	10 kg Brot	2 Mk. bei einem Verd. von 28 Mk.
Mehrwert: 22 Arbeitsstunden.		

Wir sehen hier, daß der Nominallohn gesunken ist; der Reallohn und der Mehrwert dagegen gestiegen. Bei der Rationalisierung kann also der Mehrwert bei gleichbleibendem Reallohn und sinkendem Nominallohn steigen. Es ist aber auch möglich, daß der Arbeiter seinen Konsum an Brot von 10 auf 15 Kilogramm steigert. Folgendes Bild würde dann bei der Rationalisierung zu verzeichnen sein:

Wert der Arbeitskraft	Reallohn	Nominallohn
8 Std. bei 28 Std. Arbeitszeit	15 kg Brot	3 Mk. bei einem Verd. von 28 Mk.
Mehrwert: 21 Arbeitsstunden.		

Die steigende Rationalisierung vermindert den Wert der Arbeitskraft, steigert den Mehrwert und den Reallohn, vermindert dagegen den Nominallohn.

Der Reallohn zeigt mit dem Mehrwert steigende Tendenz; Arbeitskraft und Nominallohn dagegen sinkende.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die wichtige Feststellung, daß die Erhöhung des Reallohns nicht auf Kosten des Mehrwertes geht, sondern nur einen Teil des sich vergrößernden Mehrwertes darstellt. Der Arbeitgeber erpöbt also seinen Mehrwert ebenfalls durch die Rationalisierung. Die Einstellung der Gewerkschaften zu den Lohnforderungen ergibt sich hieraus zwangsläufig. Die Gewerkschaften wollen einen größeren Anteil am Profit erzielen und verlangen gleichzeitig die Rationalisierung der Arbeit, damit relativ der Mehrwert gesteigert wird. Für die Arbeiterschaft ergibt sich aus vorliegender Darstellung noch die weitere wichtige Tatsache, daß die sozialistische Politik niemals nur eine große Lohnbewegung sein kann. Es gilt aber, die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft zu steigern, damit die große Masse für die sozialistische Politik fähiger wird. Für die Unternehmer aber gilt das Wort: „Nicht rückwärts schauen, sondern vorwärts blicken.“ Würden sie so handeln, würden wir nicht genötigt sein, uns immer ihre Klagelieder anhören zu müssen. Erich Eichhorst.

Das biogenetische Grundgesetz.

Mit der Frage: „Woher kommt das Leben?“ beschäftigten sich schon die Philosophen der alten Welt; die Entwicklungsgeschichte jedoch, im engeren Sinne die Biogenie, die Wissenschaft vom Verlauf der Entwicklung organischen Lebens, ist noch keine zwei Jahrhunderte alt. Die ältere Anschauung nahm an, die Entwicklung beruhe auf einer Entfaltung der im Ei schon fertigen und vorhandenen Teile. Diese Theorie, die Präformationstheorie, erhielt ihren Stoß im 18. Jahrhundert. Kaspar Friedrich Wolff gelangte 1759 zu der Annahme, daß die Entwicklung auf einer ununterbrochen fortgesetzten Reihe von Neubildungen beruht, die als solche keineswegs vorhanden waren. Lord Monboddo erklärte gegen Ende des 18. Jahrhunderts, „es scheine ihm ein Gesetz der Natur zu sein, daß keine Gattung von Dingen auf einmal, sondern durch eine Stufenfolge, von einer Staffel zur anderen gebildet werde. Der Niederländer Doornik entwickelte 1809 den Menschen vom Orang-Utan aus; Goethe betannte sich in seiner Pflanzenmetamorphose zur Entwicklungslehre und Lamarck baute sie weiter aus, wurde aber stark bekämpft. In plausibler Weise wurde nun von Darwin die fortschreitende Entwicklung der organischen Wesen durch die Selektionstheorie erklärt. Nach der Selektionstheorie erfolgt die Entwicklung durch Auswahl besser Organismen, welche im Kampf ums Dasein durch Anpassung an die Umwelt und Vererbung erworbener Eigenschaften sich fortbilden. Den Endfuß der Darwinischen Lehre stellt das von Erich Haeckel (in seinem 1864 erschienenen Buche „Für Darwin“) und Ernst Haeckel erhobene biogenetische Grundgesetz: Die Ontogenese

(Entwicklung des Einzellebewesens) ist die kurze und schnelle Rekapitulation (Wiederholung) der Phylogenese (Entwicklung des gesamten Stammes einer Gattung), bedingt durch die physiologischen Funktionen der Vererbung und Anpassung. Das ist ein fundamentaler Satz und die Schöpfungsgeschichte wird durch ihn in wenigen Worten ausgedrückt.

Omne vivum ex ovo! Alles Leben aus dem Ei. Was vorher ist, konnte noch kein Mensch ergründen. Ei und Samenzelle der Eltern haben sich vereinigt im Vorgang der sich stetig wiederholenden Zeugung. Sofort setzt eine lebhafteste Zellteilung ein, erst in 2 Zellen, dann in 4, in 8, in 16 und so fort, bis zur maubearbeiteten Zellkolonie (im Stammbaum des Menschen die Fötusentwicklung). Im Innern der Kugel erfolgt eine Spaltung, Flüssigkeit sammelt sich darin, im Ausdehnungsbestreben entsteht das innere und äußere Keimblatt, den Fruchtblatt umschließend. Acht Tage nach der Zeugung erhebt sich über dem Fruchtblatt der Keimschild mit dem Urdarm in der Mitte. (Von oben betrachtet das Abbild der Gastrula.) In seinem Bereiche furcht sich eine kurze schmale Längsrinne; ein Zellstrang drängt sich nach vorn, der Anfang der Wirbelsäule, zu beiden Seiten bilden sich Muskelwülste. (Ueber Wurm zum Lanzettfisch). Die Wülste wachsen, neigen sich gegeneinander, verschmelzen, umschließen ein Rohr, die Anlage des späteren Nervensystems. Durch Einkerbungen im mittleren Keimblatt erfolgt nun Sonderung im Körperabschnitt: Kopf, Leib, Schwanz. (Neunauge) Urdarm, erste Anlage von Herz und Leber sind weitere Entwicklungen, für unsere Betrachtung interessiert aber hauptsächlich die Bildung der Kiemenbögen. (Die Entwicklung nähert sich den Rochsfischen.) Beim Men-

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Moskauer Wasserwerkarbeiter.

In der Folge wird „Die Gewerkschaft“ mehrere Artikel über russische Kommunalwirtschaft, von verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet, bringen. Der nachstehende Aufsatz des russischen Kollegen W. sieht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Moskauer Wasserwerkarbeiter vom Standpunkte des russischen Kommunalarbeiterverbandes aus an.

Um die ihr gestellten Aufgaben durchzuführen, verfügte die Moskauer Wasserleitung im Jahre 1913 über 827 und Ende 1924 über 981 Arbeiter. Der Personalbestand hat sich also um etwa 18,6 Proz. vergrößert. Im Jahre 1913 kamen auf 1 Million Elmer der durchschnittlichen täglichen Wasserlieferung 97,3 Arbeiter; im Jahre 1924 91,6, d. h. um 4,1 Proz. weniger als vor dem Kriege. Trotz der vermehrten Funktionen der Moskauer Wasserleitung (Erheben der Wassergebühren, Aufsicht und Leitung der Bezirkswasserleitungen) und der Veränderung der Arbeitsverhältnisse (Verkürzung der Arbeitszeit bis 8 Stunden täglich, Verkürzung des Nachdienstes bis auf 7 Stunden, Verlängerung des Urlaubs) hat sich der Personalbestand, mit der Wasserlieferung verglichen, gegen den Bestand der Vorkriegszeit vermindert.

Die Anwendung vervollkommener Arbeitsmethoden hat eine durchschnittliche Leistungsfähigkeit und eine Verminderung der Zahl der Arbeiter bis auf 80 Proz. der Vorkriegszeit ergeben. Die Löhne der Arbeitnehmer der Moskauer Wasserleitung, alle Arten von Zulagen miteingerechnet, betragen im Jahre 1913 durchschnittlich für einen Arbeitnehmer 58 Rubel 80 Kopeken; im Jahre 1922 41 Rubel 27 Kopeken, im Jahre 1923 66 Rubel 93 Kopeken und im Jahre 1924 74 Rubel 18 Kopeken. In Vorkriegsrubeln mit dem Koeffizienten 2,15 berechnet 34 Rubel 50 Kopeken, oder 59 Proz. der Vorkriegslöhne in barem Gelde. Dazu kommen kostenlose Wohnungen mit Beheizung und Beleuchtung, was 25 Proz. des Lohnes ausmacht.

Wenn wir die Löhne auf die drei Grundlagen der Arbeitnehmer des Betriebes verteilen, so sehen wir, daß die Löhne sich im Vergleich mit den Vorkriegslöhnen erhöht haben, die des administrativen und Bureaupersonals aber niedriger sind als in der Vorkriegszeit. Im Jahre 1913 bekam das administrativ-technische Personal durchschnittlich 181 Rubel 67 Kopeken, im Jahre 1924 167 Rubel 89 Kopeken, während der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters in der Vorkriegszeit bis zum Jahre 1913 30 Rubel 73 Kopeken und im Jahre 1924 65 Rubel 87 Kopeken betrug.

Seit dem Jahre 1917 haben die Arbeiter der Wasserleitung aus ihren Reihen eine Anzahl von Genossen ausgesöhnt, die verantwortliche leitende Posten in der Verwaltung der Wasserleitung und in anderen Staatsverwaltungen einnahmen. Im Laufe der ersten 1½ Jahre nach der Oktoberrevolution stand ein Schlosser des Röhrennetzes an der Spitze des Wasserwerks. Gegenwärtig gibt es 5 Arbeiter des Wasserwerks, die leitende administrative Posten im Wasserwerk bekleiden und 19 in anderen Verwaltungen (Chef der Kanalisation, der Rieselfelder, Direktoren von Fabriken usw.).

Die ganze Arbeitermasse führt ein gemeinschaftliches Leben, alle sind Mitglieder des Gemeindefacharbeiterverbandes sowie verschiedener Klubs, Kooperative und Gesellschaften (Gesellschaft der Freunde der Rusiflotte, Freie Gesellschaft der chemischen Industrie, Gesellschaft der Internationalen Arbeiterhilfe usw.). Unter den 981 Arbeitnehmern sind 260 Mitglieder der kommunistischen Partei Russlands.

Die Arbeiter und Angestellten der Wasserleitung bekommen jährlich einen Monat Urlaub mit vollem Lohne. Arbeitern, die mit Koagulieren (Verdicken) und Chlorieren beschäftigt sind, sowie Schmiedern, Hämmerern und Schlossern, die das Zusammenschweißen der Röhren mit Aetzgelen zu besorgen haben, und Trägern wird täglich eine Flasche Milch oder 11½ Zolotnik Fett auf Kosten des Betriebes als ergänzendes Nahrungsmittel geliefert. Alle Arbeiter der Wasserleitung erhalten, um ihre Kleider während der Arbeit zu schonen und sich vor nassem Wetter zu schützen, wenn die Arbeit unter freiem Himmel stattfindet, besondere Dienstkleider.

Außerdem wird den Arbeitern, wenn nötig, auf Kosten des Betriebes die Möglichkeit gegeben, sich in einem Sanatorium zu kurieren, auch werden gewisse Summen für Erholungsheime zur Verfügung gestellt, so hat die Wasserleitungsabteilung im Jahre 1923 1569 Rubel für Plätze im Sanatorium und für den Unterhalt von Erholungsheimen ausgegeben und im Jahre 1924 6680 Rubel.

Damit die Arbeiter nach der Arbeit ihre Toilette in Ordnung bringen können, gibt es in den Maschinen- und Filterräumen heiße und kalte Duschen und Behälter mit gekochtem Wasser.

Medizinische Hilfe wird den Arbeitern, Angestellten und den Mitgliedern ihrer Familien durch Heilanstalten der Wasserleitung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Station in Rublowo hat ein Ambulatorium, ein Hospital, eine Entbindungsanstalt sowie ein Zahnarztkabinett. Die Pumpenstation in Njitschischki und die Odenborgersche Station besitzen Ambulatorien.

Während der Arbeitsunfähigkeit eines Arbeiters wurde ihm der Krankenlohn bis zum 1. Januar 1922 aus den Mitteln des Betriebes gezahlt. Seit dem 1. Januar 1922 aber werden die Unterstützungen während einer Krankheit, Schwangerschaft usw. von den Versicherungskassen gewährt, denen die Betriebe jeden Monat eine gewisse Summe, deren Höhe von den Organen der Sozialversicherung, je nach der Gesamtsumme der Löhne der Arbeiter des betreffenden Betriebes, festgestellt wird, einzahlen. Die am Anfang des Jahres 1922 festgestellten 19 Proz. der Gesamtsumme der Löhne wurden am Ende desselben Jahres bis auf 17 Proz. für Betriebe und 14 Proz. für Anstalten vermindert.

Seit dem 8. August 1923 wurde dieser Tarif bis auf 10 Proz. herabgesetzt. Dieser Tarif muß als normal angesehen werden, wenn man in Betracht zieht, daß im Jahre 1923/24 von den Versicherungskassen auf 331 716 Menschen und Tage 12 040 Abwesenheiten wegen Krankheit bezahlt wurden, d. h. ungefähr 3,6 Proz. Von den 10 Proz. für Unterstützungen fallen 4½ Proz. auf zeitweise Arbeitsunfähigkeit,

schen sind die Kiemenbögen die Anlagen zu Kiefer, Zungenbein und Gehörknöchelchen. In der 3. Woche sprossen seitlich am Leibe die Fortbewegungsorgane, die Glieder, als feine Leisten hervor und schwellen allmählich zu Höckerchen. (Lurchfisch, Molchfisch.) In der 4. Woche wird die Lunge fertig, damit auch der gesamte innerorganische Aufbau in seiner Grundanlage (Brüdenscheidese.) Der Embryo ist 9 mm lang. Bis zu Ende des 3. Monats durchläuft er die Stadien der Schnabeltiere; dann erfolgt die Trennung der Pforte für Horn, Geschlechtsachsen und Extremitäten, Uebergang zur Beutelstierstufe mit Milchdrüsenbildung und schließlich über den letzten Anknüpfung an die tierische Abstammung (Koboldmaki und seine Verwandten; Pithecanthropus) zum fertigen Menschen.

Merkwürdig, die Entwicklung zur Menschenähnlichkeit währt ungefähr 3 Monate, die Bervollkommnung zum kleinen Menschen die doppelte Zeit. Sicher kann angenommen werden, daß sich die Zeiträume in der Entwicklung des Stammes anders verteilen. Aber der Mensch schreitet heute noch weiter fort in der Bervollkommnung nach oben; so scheint sich die verlängerte Entwicklung des Menschen auf seine Wiederholung im Embryo zu übertragen. Nachgewiesen ist ja auch, daß während der ganzen Embryonalzeit die Organbildung dem Ziele Menschsein zustrebt, wodurch geringe Abweichungen von der phylogenetischen Mechanik entstehen, weshalb Hädel zu der Auffassung gelangte, es handle sich um Entwicklungsstörung oder Entwicklungsstörung. Aber der Mensch, der mit seinen Sinnen in das wunderbare Gebirge des Kosmos immer tiefer eindringt, braucht zu seinem Erdenwallen hochentwickelte Organe, und diese müssen im Embryo von vornherein vorgebildet werden. Aber im allgemeinen

wiederholt der Embryo alle Entwicklungsstadien, die der gesamte Stamm durch Millionen von Jahren vom Urstoff bis zu seiner Vollendung unter Anpassung an die sich stetig auf der Erde verändernden Verhältnisse und durch Vererbung von eben durch diese Anpassung erworbenen Eigenschaften durchlaufen mußte.

Lange genug hat man schon um die Wahrheit des biogenetischen Grundgesetzes gestritten. Der Kapitalismus hat ja kein Interesse daran, daß der Werte schaffende Arbeiter von diesen Dingen weiß; deswegen besoldet er Wissenschaftler, welche jegliche biologische Wissenschaft, welche geeignet sein könnte, die von der Kirche gewollte, in der Erschaffung des Menschen durch Gott begründete Unterwürfigkeit zu zerstören, heseinden; aber die Art ist an die Wurzel des Baumes gelegt; es finden sich noch ehrliche, Mensch sein wollende Forscher genug, welche an der Erhaltung der Darwinischen und Hädelschen Lehren arbeiten. Hingewiesen sei nur auf Dr. Paul Kammerer, Wien. Er bringt in Heft 9 der Französischen Zeitschrift „Telos“ einen Aufsatz: „Wirkliche Beweise für die Vererbung erworbener Eigenschaften“ und schildert darin Experimente von Simon, Standfuß, Fischer, Schröder und seine eigenen Versuche, welche er übrigens auch unter dem Titel „Vererbung erworbener Eigenschaften“ in Heft 5 der „Urania“ einem größeren Leserkreise zugänglich macht. Dabei sei gleich noch bemerkt, daß die „Urania“, herausgegeben vom freien Bildungsinstitut in Jena, wegen ihrer Tendenz zur biologischen und soziologischen Aufklärung ein besonders gutes Mittel für alle arbeitenden Volksschichten ist, sich von der morschen bürgerlichen Ideenwelt freizumachen.

Wlwin Raumburger.

was den tatsächlich gezahlten Unterstufungen ziemlich nahe kommt, 2 Proz. für Invaliden, 4 Proz. für Arbeitslosigkeit und 3 Proz. für medizinische Hilfeleistungen.

Für den Fall, daß auf den Stationen und im städtischen Rohrnetz plötzliche Beschädigungen auftreten, müssen die Arbeiter der Rostauer Wasserleitung in Häusern wohnen, die in der Nähe der Wasserstationen und der einzelnen Strecken des städtischen Netzes gelegen sind. Früher vergab das Stadtamt die Wohnungen nicht nach der Anzahl der Familienmitglieder, sondern je nach dem Posten, den der betreffende Funktionär bekleidete. J. B. der Chef einer Wasserstation und seine Frau hatten eine Wohnung von 7 Zimmern, während ein Tagelöhner mit einer Familie von 7 bis 8 Personen sich mit 3 bis 4 Quadratfaden Flächenraum begnügen mußte, oder einen Winkel in einer Kaserne bewohnte. Auf den Strecken wurde in den meisten Fällen nur dem Arbeiter selbst Wohnung gegeben, während seine Familie sich anderwärts Unterkunft suchen mußte.

Seit 1918 hat sich die Wohnungsfrage für die Arbeiter der Rostauer Wasserleitung bedeutend verbessert. Die Arbeiter der Pumpstation in Rublewo bemächtigten sich eines Gutes „Popowka“, das dem Fabrikanten Gutschow und Prochorow gehörte und eine Fläche von 230,25 Quadratfaden besitzt. Auf der Odenborgerischen Station wurde nach schmerzhaften Kämpfen die Fabrik Buré nebst allen in der Nähe gelegenen Wohnhäusern und die Landhäuser in Sofonnik, im ganzen eine Fläche von 802 Quadratfaden, behufs Vergrößerung des Betriebes eingenommen.

Die Arbeiter der einzelnen Strecken bemächtigten sich enormer Häuser in der Stadt selbst. Jetzt ist die Wohnungsfrage für die Wasserleitungsarbeiter in der Stadt im Rahmen der existierenden Normen vollständig behoben. Um die Wohnungsfrage auf den Stationen vollständig zu beseitigen, wurden in den Jahren 1920 bis 1923 auf der Pumpstation in Rublewo 10 Häuser mit einem Flächenraum von 430,72 Quadratfaden gebaut und in Mjtschischtsch — 5 Häuser mit je 4 Wohnungen.

Beim Bau von Wohnungen für die Arbeiter hat die Wasserleitung den Kaserntypus, an dem das Stadtamt bei seinen Bauten festhielt, aufgegeben und ist zum Bau von kleinen Häusern mit Gemüsegarten und mit besonderem Dachboden und Schuppen für jede Wohnung übergegangen.

Die Arbeiterinnen werden in alle jetzt bestehenden Organisationen hineingezogen; sie sind Mitglieder der Betriebsräte, der Redaktionskommissionen, sie treten als Delegierte von Annunzen auf, sie sind Mitglieder von Schiedskommissionen, von Kommissionen des Arbeitsschutzes, sie arbeiten in Erziehungskommissionen, Betriebskommissionen, Subdenkommissionen, in der Unterstufungsstufe, in den Schulen für Verminderung der Analphabeten, als Beisitzerinnen in den Volksgerichten usw.

Zur Sicherung von Stellen für Jugendliche ist laut Kollektivvertrag die Verwaltung der Wasserleitung verpflichtet, 5 Proz. aller Stellen in den Reparatur- und Wassermesserwerkstätten den Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, um sie zu qualifizierten Arbeitern auszubilden.

Um die Kulturbedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen, gibt es Klubs, und zwar auf der Pumpstation in Rublewo, wo im Laufe des Jahres 1924 51 Vorträge, 6 Besprechungen, 7 Erinnerungsfeste, 5 Referate, 25 Schauspiele, 33 Kinovorstellungen stattgefunden haben und außerdem in dramatischen, Sport-, Musik-, Schach-, wissenschaftlichen und anderen Gruppen gearbeitet wird.

Auf der Pumpstation in Mjtschischtsch haben 19 Vorträge, 5 Referate und 11 Schauspiele stattgefunden. Auf der Odenborgerischen Station gab es 57 Vorträge, 11 Referate, 21 Schauspiele, 18 Kinovorstellungen; außerdem gibt es dort zwei lebende Zeitungen, d. h. eine Gruppe von Angestellten und Arbeitern, die in der Erziehungsgruppe arbeiten, inszenieren eine Zeitung, indem jeder Teilnehmer einen mündlichen Bericht über politische und andere Tagesneuigkeiten gibt.

Auf allen Stationen gibt es Bibliotheken, die jährlich folgende Anzahl von Besuchern haben: in Rublewo 12 804 Personen, in Mjtschischtsch 837 und auf der Odenborgerischen Station 4080. **W.**

In der sozialistischen Gesellschaft ist die Ehe das reinste, von keiner anderen Rücksicht als auf die gegenseitige Neigung geschlossene Verhältnis; ein Verhältnis, das, weil es aus keiner anderen Absicht als der, sich gegenseitig anzugehören, von zu gegenseitiger Achtung und voller Gleichberechtigung erzeugten Menschen geschlossen wird, eine unendlich sittlichere Grundlage als die meisten heutigen Ehen hat. Es existiert nicht, wie böswillige und unverständige Gegner dem Sozialismus unterschieben wollen, die sogenannte „Belbergemeinschaft“, ein Zustand, dessen Name schon eine schimpfliche Degradation der Frau bedeutet, der aber heute für manche Klassen in Wirklichkeit besteht.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Die aus Kessel-, Heizungs-, Fahrstuhl-, Wäscherei- und Plätterei-betrieben bestehenden versicherungspflichtigen Teile eines städtischen Waisenhauses sind einheitlich bei der Eisen- und Stahlbergwerksgenossenschaft gegen Unfall versichert, weil die Kessel- und Heizungsanlage als Hauptbetrieb zu dieser Genossenschaft gehört.

Gründe: „Der Betrieb des Waisenhauses W., das als versicherungspflichtige Anlagen eine Kessel-, Heizungs- und Fahrstuhlanlage sowie eine Wäscherei und Plätterei umfaßt, stellt einen Gesamtbetrieb dar, der nach § 681 der RVO. einheitlich bei einer einzigen Berufs-genossenschaft zu versichern ist. Für die Entscheidung, welche Berufs-genossenschaft die Versicherung zu übernehmen hat, kommt in Betracht die Feststellung, welcher der versicherungspflichtigen Betriebsstellen nach Zweck, Art und Umfang für den Betrieb des Gesamtunternehmens derart wichtig ist, daß er als Hauptbestandteil anzusehen ist. Aus dem Verichte des Waisenhauses ergibt sich, daß für die Versorgung der Waisenkinder (Wohn-, Milchzubereitung usw.) die Heizungs- und Milchküchenanlagen ständig in Betrieb gehalten werden müssen. Würden die Warmwasser- oder die Maschinenanlagen, insbesondere die Maschinen für die Milchküche und das Flaschenpülen nur kurze Zeit außer Betrieb gesetzt, so wäre dies mit schwerer Gefahr für Gesundheit und Leben der Kinder verbunden. Die Kessel- und Heizungsanlage bildet somit die Grundlage für den Betrieb des Waisenhauses. Demgegenüber tritt die Bedeutung der Wäscherei zurück. Der Betrieb des Waisenhauses könnte, — wenngleich dadurch manche Unzutrefflichkeiten entstehen würden, — auch bei Stilllegung der Wäscherei aufrechterhalten werden. Außerdem ist der Wäschereibetrieb von dem Betrieb der Kessel- und Heizungsanlage abhängig, da von diesen Maschinenanlagen das in der Wäscherei verbrauchte heiße Wasser und der Dampf erzeugt werden. Unter diesen Umständen erscheint der Betrieb der Kessel- und Heizungsanlage als der Hauptbestandteil des Gesamtunternehmens, und es kann nicht darauf ankommen, daß in dem Wäschereibetriebe mehr Personen als in dem Betriebe der Kessel- und Heizungsanlage beschäftigt sind. Mit Recht hat daher das Oberversicherungsamt die gesamten versicherungspflichtigen gewerblichen Betriebe der zuständigen Eisen- und Stahl-Berufs-genossenschaft überwiesen.“

Anfall eines Wasserbauarbeiters auf dem Rückwege von der Betriebsratswahl, bei welcher er als Wahlleiter fungierte, als einschuldigungspflichtiger Betriebsunfall anerkannt. Der Wasserbauarbeiter K. in R. ist am 18. Juni 1924 auf dem Rückweg von der Betriebsratswahl verunglückt und am 23. Juni 1924 an den Folgen des Unfalls gestorben. Die Witwe des Verstorbenen hat Antrag auf Gewährung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente gestellt, weil die Fahrt im Interesse des Betriebes erfolgt sei. Mit Bescheid der obersten Baubehörde wurde der Hinterbliebenenantrag abgelehnt, weil die Teilnahme an der Betriebsratswahl — als Mitglied des Wahlauschusses — nicht als eine betriebstechnischen Zwecken dienende, der Unfallversicherung unterliegende Tätigkeit angesehen werden kann. Dagegen wurde Berufung erhoben und das Oberversicherungsamt München hat die Beflagte für verpflichtet erklärt, der Klägerin Hinterbliebenenrente und Sterbegeld zu gewähren.

Aus der Sprachpraxis

Wenn eine Stadtgemeinde Mitgesellschafter einer G. m. b. H. ist, können Arbeiter dieser G. m. b. H. bei Klagen vor dem Gewerbegericht Gewerbegerichtsanhänger, die Magistratsmitglieder sind, wegen Befangenheit ablehnen.

Gründe: „Die Beflagte hat dem Kläger, der bei ihr in Arbeit stand, das Arbeitsverhältnis zum 30. Mai 1925 gekündigt. Der Kläger hat die Rechtswirksamkeit dieser Kündigung bestritten. Er hat den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Bürgermeister Dr. W., wegen der Befangenheit abgelehnt und dieses damit gerechtfertigt, daß die Stadtgemeinde (der Magistrat) St. in einem Gesellschaftsverhältnis zu der Beflagten stehe. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Bürgermeister Dr. W., hat sich nicht für befangen erklärt. Das Gewerbegericht in St. hat durch Beschluß vom 6. Juli 1925 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Sch. als stellvertretender Vorsitzender des Gewerbegerichts den Antrag des Klägers auf Ablehnung des Bürgermeisters Dr. W. für unbegründet erklärt mit der Begründung, die Stadtgemeinde St. sei zwar Mitgesellschafter der beflagten G. m. b. H., die Vertretung der Stadtgemeinde in der Gesellschaftsversammlung sei aber dahin geregelt, daß zu der Gesellschaftsversammlung zwei Magistratsmitglieder und vier von der Stadtverordnetenversammlung zu wählende Personen entsandt würden. In diesen Personen gehöre der Bürgermeister Dr. W. nicht. Die Stadtgemeinde St. habe selbst kein Interesse am Ausgang des Rechtsstreits. — Gegen diesen Beschluß hat der Kläger die sofortige Beschwerde eingelegt. Er lehnt sowohl den Bürgermeister Dr. W. wie den Oberbürgermeister Dr. Sch. als Vorsitzende des Gewerbegerichts als befangen ab. Der Oberbürgermeister Dr. Sch. hat sich ebenfalls nicht für befangen erklärt. — Die sofortige Beschwerde ist nicht und formgerecht eingelegt, sie ist auch begründet. — Da die Stadtgemeinde St. Mitgesellschafter der Beflagten ist und die Stadtgemeinde St. durch den Magistrat, dessen Mitglieder der Bürgermeister Dr. W. und der Oberbürgermeister Dr. Sch. sind, vertreten wird, liegt insolge dieses Verhältnisses ein Grund vor, der vom Standpunkt des Klägers aus gerechnet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der beiden abgelehnten Vorsitzenden des Gewerbegerichts der Stadt St. zu rechtfertigen.“

Aus Politik und Volkswirtschaft

Das Heidelberger Programm. Als am 24. September 1922 auf dem gemeinsamen Parteitage der SPD. und USF. die Wiedervereinigung der sich bis dahin bitter beschendenden Teile der sozialistischen Arbeiterbewegung beschlossen war, wurde auch eine Kommission eingesetzt, die der neuen Partei ein neues Programm ausarbeiten sollte. Diese Kommission hat nun dem Parteitag in Heidelberg (vom 14. bis 18. September 1925) einen Entwurf vorgelegt, der sich entgegen dem früheren Programm der SPD. stark an das Erfurter Programm vom Jahre 1891 anlehnt, trotzdem aber die wirtschaftliche und politische Entwicklung seit dieser Zeit berücksichtigt. Dr. Hilferding, der im Namen der Kommission den Entwurf begründete, machte u. a. folgende interessante Ausführungen:

Nach der Revolution, in der die Arbeiterschaft in vielen Ländern vorübergehend einen starken Anteil an der Macht hatte, wurde sie vor die Frage der Sozialisierung gestellt. So vorübergehend die Situation war, so weitgehende und fruchtbarere Erkenntnisse hat sie vermittelt. Wir müssen erkennen, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleitet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der Wirtschaftsdemokratisierung ist. Im schärfsten Gegensatz zu der Annahme, daß die Staatsbürokratie die Wirtschaft leiten könne, mußten wir erkennen, daß die Leitung der Wirtschaft beruhen muß auf der Produktion selbst unter der Kontrolle der Konsumenten und des demokratischen Staates. Demgemäß wurden die Übergangsfächer konstruiert, die an Stelle der großen kapitalistischen Monopole die wichtigsten Energiequellen verwalten sollten. Unsere Auffassung trat dadurch in schärfsten Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, sondern auch zum Sozialismus der Despotie, wie ihn die Volkswirtschaft in Rußland zu verwirklichen trachten. Vom Kernpunkt der sozialistischen Auffassung selbst trennt sich der demokratische Sozialismus unvereinbar vom Volkswirtschaft. Das System der Wirtschaftskräfte, von den Betriebsräten an aufsteigend, wurde als Notwendigkeit der neuen Organisationsform anerkannt. Die Partei trat damals sofort in dieselbe Linie wie die Gewerkschaften, denen ebenfalls die Entwicklung eine ganz neue Schöpfung gewiesen hatte. In der früheren Periode waren die Gewerkschaften notwendigerweise vor allem Organisationen zur Anpassung der Arbeitsverhältnisse an das kapitalistische System, die lediglich die Ausbeutung zu verringern trachteten. Jetzt trat auch in dem Gewerkschaftskampf das sozialistische Wirtschaftsziel, das Ziel der Wirtschaftsdemokratie, von selbst auf und verband sie mit was in Wahrheit sozialistischem Sinne. Es ist in letzter Zeit ein Brief des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Parteivorstand veröffentlicht worden, in dem die Gewerkschaften gegen zwei Formulierungen des ursprünglichen Programmtextes Einspruch erheben. Wir sind diesen Bedenken in der Formulierung ganz nachgekommen und haben das Mißverständnis wegeräumt, als ob jemand in der Partei auf eine Art Oberleitung und Bevormundung der Gewerkschaften Anspruch erhebt. Die Einheit des politischen und wirtschaftlichen Kampfes drückt aus jeder Zeile des Programmtextes. Die Verwirklichung des Sozialismus ist das, was man konstruktiven Sozialismus nennen kann; sie wird also die künftigen Parteitage noch eingehend beschäftigen müssen. — Wir müssen in anderer Weise als im Erfurter Programm Stellung nehmen zu dem Problem der Staats-, Finanz- und Handelspolitik. Deshalb brauchen wir neben dem theoretischen Teil ein ausgearbeitetes Aktionsprogramm. Die Programmkommission hat ihre Tätigkeit auch auf dieses Gebiet ausgedehnt und, wie ich glaube, besonders in zwei Punkten Fortschritte erzielt; bei der Systematisierung der ischypolitischen Forderungen, der auch die Vertreter der Gewerkschaften zugestimmt haben, und in dem, was über die Verfassung und Verwaltung gesagt wird. Die ökonomische Entwicklung hat in der Industrie, im Handel, in den Banken die geistigen Arbeiter und Kopfarbeiter geschaffen, die als notwendige Glieder des Produktionsprozesses wichtige Aufgaben in der Produktionsleitung, Produktionsförderung und Produktionskontrolle zu erfüllen haben. Ihre Zusammenfassung in Betrieben hat sie Interessenbewußt gemacht und zugleich vom Aufstieg in die privilegierte Stellung ausgeschlossen. Diese Schichten sind schneller gewachsen als das eigentliche Proletariat, und der Aufstieg der ungeschulten Bewegung ist eines der bedeutungsvollsten Zeichen der Gegenwart. Wir brauchen diese Angestellten nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch zur Entwicklung der wirtschaftlichen Demokratie. — Auf der anderen Seite müssen wir unseren Blick auf die großen Massen im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb richten, die noch heute die eigentliche Stütze der bürgerlichen Herrschaft sind. Schon der nächste Parteitag wird hoffentlich das Agrarprogramm in vollem Umfange feststellen können. So stellt unsere Programmarbeit den Anfang der Arbeit für künftige Parteitage dar. Die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Entwicklung im Erfurter Programm ist im letzten Jahrzehnt in jeder einzelnen Phase bestätigt worden. Querschnitt im kommunalistischen Sinn ist das Marx das große Entwicklungsgeß der Industrie, das Konzentrationsgesetz, entwickelt. Im „Kapital“ hat er es untermauert und Roussy hat es dann im Erfurter Programm formuliert. Aber alles das war nur sozialistische Probesthe, während heute das Konzentrationsgesetz als wirklich objektives Gesetz der kapitalistischen Entwicklung erweisen ist. Die erste Stufe war, daß die technische und ökonomische Ueberlegenheit der Großbetriebe die Kleinbetriebe zur sozialen Bedeutungslosigkeit zurückwarf. Die zweite Stufe, daß die Großbetriebe einen immer größeren Teil des Profites in ihrer Hand verewobelten und in den Händen der Krisen durch Vereinigung zu monopolistischen Organisationen die Konkurrenz

auszuschalteten. Dadurch entstand eine Verschiebung in der Höhe des Profites, und die dritte Stufe war ein Ausgleich der Profite durch die Konzentration der horizontalen und vertikalen Richtung. Die freie Konkurrenz wurde in immer stärkerem Maße aufgehoben durch die kapitalistische Monopolbildung und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise durch die Organisationsstendenz des Kapitals selbst überwunden. — Über die Wirtschaft wurde nicht zugunsten der Allgemeinheit organisiert, sondern für die Oligarchie weniger Kapitalisten, die die Produktionsmittel der Gesellschaft für sich monopolisieren und das gesamte Wirtschaftsa- und das persönliche Schicksal der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Konsumenten immer stärker bestimmen. Im Zusammenhang damit folgt der Übergang der einzelnen Betriebe in Aktienform, die engere Zusammenziehung des industriellen Kapitals mit den Kreditorganisationen der Gesellschaft, die alles flüssige Kapital in den Banken ansammelt. Die Entwicklung führte schließlich dazu, daß die alte Trennung des Kapitals in Industrielkapital, Handelskapital und Bankkapital immer mehr aufhört und das Kapital wieder die Einheitsform des Finanzkapitals annimmt. Dieses Finanzkapital stellt schließlich die stärkste Gesellschaftskonzentration dar, die nach ihrer hierarchischen Form überhaupt denkbar ist. Einmal konnte seinen Konzern nur aufbauen mit Hilfe der Kriesskredite der Reichsbank. Alle diese Kriesskonzerne können sich nur weiter entwickeln, wenn sie über öffentliches Eigentum verfügen. Und wenn die Banken beim Ökonomie-Krieg eingreifen mußten, so taten sie das mit Geldern, die in Wirklichkeit erarbeitet sind von der Arbeiterschaft, die einer unendlichen Anzahl von Leuten gehören, die über die Verwendung ihrer Gelder gar keine Bestimmung mehr haben. Wir verlangen, daß diese Verfügung über das öffentliche Eigentum von jenen erobert wird, die dieses Eigentum geschaffen in Produktionsprozess, d. h. die demokratisch-sozialistische Gesellschaft verlangt die Verfügung über das öffentliche Eigentum. Dieser Konzentrationsprozess ist vielleicht nie so schnelllebig gewesen wie in unserer Periode. Nach der Stabilisierung erleben wir eine Steigerung der technischen Revolutionierung und der ökonomischen Monopolisierung. Die Stellung der Kohle wird erhöht durch die Verbesserung in der Verfeinerung, durch die Erzeugung des Elektrizität aus den Wasserkraften, durch den Übergang zur Oelfeuerung. Sie kann nur wiederhergestellt werden durch eine neue technische Revolutionierung, durch die Verflüssigung der Kohle. Und dieses Problem kann im Grunde nur gelöst werden, wenn die Regierungen der Kohle produzierenden Länder, Deutschland, England und andere Staaten, sich vereinigen würden zu einer Regulierung und Umgestaltung der Kohleproduktion, d. h. wenn diese Regierungen bewußt die Privatwirtschaft auf diesem Gebiet verlassen und zu einer gesellschaftlichen internationalen Regelung der Grundfrage aller Produktion kommen. — Auf der anderen Seite sehen wir eine Revolutionierung der Arbeitsverhältnisse. Die Arbeit wird immer mehr zerlegt und diese Zerlegung führt zu immer weiterer Anwendung neuer Arbeitsmaschinen. Diese ganzen Prozesse werden zusammengefaßt in der neuen Betriebsorganisation, die auf dem Prinzip ununterbrochener Kontinuität des Betriebes beruht. Das hat wieder zur Folge eine ungeheure Steigerung der produktiven Kräfte und auf der anderen Seite Monopolisierung dieser produktiven Kräfte in der Hand einer kleinen Kapitalgruppe. Jetzt erfolgt der Übergang von der Kartellorganisation zur Trustorganisation, zur Zusammenschließung der Gesamtkonzerne in einem einzigen Unternehmen, innerhalb dessen dann wirklich rational produziert werden kann, aber wiederum zugunsten der kapitalistischen Monopolisten. Diese ungeheure Kraft des monopolisierten Kapitals wendet sich nun nach außen, um für die steigende Produktion zu größerem Profit Absatzmärkte zu finden. Durch die Revolution und den Krieg ist dieser Prozeß außerordentlich beschleunigt und hat einen weltweiten Maßstab angenommen, sich ausdehnt auf den Nordrand Afrikas, China, Japan, Indien usw. Damit schafft der Kapitalismus neue gewaltige Entdeckungen, beruht mit seinem Handhabung ungeheure, bisher unerwachte Menschenmassen, die er erfüllt mit neuem Freiheitssehnen. Gewiß wird die Freiheit zunächst unter Führung des Bürgertums und unter nationalstaatlicher Ideologie erkämpft. Aber wir sehen hierin einen großen historischen Fortschritt, den wir zu unterstützen haben, andererseits jedoch auch eine große Gefahr, die Entstehung neuer Krisenherde, wenn es uns nicht gelingt, durch unseren Einfluß auf die gegenwärtige Politik zu verhindern, daß sich Entwicklung eine furchtbare Bedrohung der Menschheit Europas wird. Unser Prinzip der gegenwärtigen Politik ist daher die Förderung der notwendigen Solidarität der Nationen, die die Rettung Europas sein wird. Wir treten deshalb für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, ein. Der Kampf der großen kapitalistischen Monopole um die Staatsmacht bestätigt unsere alte Auffassung, daß die Geschichte aller Gesellschaften, die auf Privatigentum begründet sind, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, die geführt werden, um die Staatsmacht für jene großen Partikularen der Wirtschaft zu erringen. Dieser Klassenkampf muß auch dem indifferenten Arbeiter immer mehr offenbar machen, was die Eroberung der politischen Macht bedeutet. So haben sich heute die Klassenverhältnisse auf beiden Seiten immer mehr vertieft, und wir stehen vor der Entscheidung: entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Bedürfnisse, unter die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit. Daß die Klassenkämpfe immer erbitterter werden, liegt also in der Natur der gesellschaftlichen Entwicklung, in den realen Gegensätzen, die sich immer mehr vertiefen und die schließlich ausgetragen werden müssen, weil nur so ein neues Werden des gesellschaftlichen und geschäftlichen Seins möglich ist. Deshalb haben wir dem Programm eingefügt, daß die Klassenverhältnisse schärfer geworden

sind. Ich glaube, die Zeit, da wir uns haben entmutigen lassen, ist vorüber. Wenn wir eine Gipfelwanderung vor uns haben und der Marsch beginnt, so steht die Spitze vor uns scheinbar zum Greifen nahe. Dann beginnt der Marsch durch das Vorgebirge, ein Wald nimmt uns die Aussicht, der Weg dauert viel länger, als wir gedacht haben. Klößlich treten wir aus dem Wald heraus und vor uns erhebt sich das Pergamist, steil, unwegsam. Auf den ersten Blick glauben wir bezagen zu müssen, aber dann sagen wir uns, wir sind näher gekommen. Wir haben die Vorbereitungszeit hinter uns, jetzt geht es zum Aufstieg und wir müssen hinauf! Das ist die Stimmung, in der heute die wiedererstarkende Sozialdemokratie und die Internationale den letzten Zielen des Sozialismus gegenübertritt: Wir müssen hinauf, wir werden hinaufkommen und unser Programm ist ein guter Wegweiser.

Der Entwurf der Programmkommission wurde nach kurzer Diskussion, in der die Opposition (Paul Leht und andere) ihre Bedenken geäußert hatte, gegen wenige Stimmen zum Programm erhoben. Die vereinigte Sozialdemokratie hat damit wieder eine feste Grundlage erhalten, von der aus sie ihre Kämpfe führen kann. Daß dieser Plattform auch die Gewerkschaften freundlich gegenübersehen, geht aus der Rede Hilsferdings deutlich hervor.

Aus unserer Bewegung

Gautokonferenz Bremen. Die Gautokonferenz fand am 13. September in Oldenburg statt. Anwesend waren: 17 Delegierte aus sieben Filialen, der Gauvorstand und ein Vertreter des Verbandsvorstandes. Den Tätigkeitsbericht der Gauleitung gab der Kollege Reumann. Er führte aus: Die Agitation muß wie früher in den Betrieben durch unsere Vertrauensleute und Kollegen von Mund zu Mund betrieben werden. Aufgabe der Gauleitung muß es sein, unsere werbenden Kräfte mit gutem und genügendem Material zu versorgen. Der Verlaunungsabwuchs ist nicht immer befriedigend. Es muß danach gestrebt werden, den Verlaunungsbesuchern die Verlaunung interessant zu gestalten. Zur Tarifbewegung ist allgemein zu bemerken, daß alle Abzweigungen sich bedeutend erschweren, ganz besonders fällt der Manteltarif für die Gemeindegewerkschaften hierunter, der einen doppelten Kommentar löstige und infolge dessen zu einer ständigen Streitquelle geworden ist. Der Reichsmanteltarif für die Wasserbauarbeiter laufe am 31. März 1926 ab. Mit der Vorarbeit hierfür müßte jetzt schon begonnen werden. Alle Löhne seien um ein Drittel zu niedrig, gemessen an der Reichsteuerungszeit und an der Lebenshaltung von 1914. Unsere Lohnkämpfe müssen wir auf unserer eigenen Kraft aufbauen, um gegebenenfalls kampfbereit auftreten zu können. Die Alters- und Hinterbliebenenfürsorge ist im Laufe der Zeit verbessert worden. Noch bestehe keine einheitliche Ruheordnung, die sich auf den Boden des Arbeitgeberbezirks erstreckt. Hier etwas Einheitliches zu schaffen, gehöre zu unserer nächsten Aufgabe. Ruheberechtigung als Ortsgesetz besteht in Bremen, Bremerhaven, Vegesack, Oldenburg, Wesermünde. Auch die Provinz Hannover habe Ruheberechtigung für ihre Chausseewarter und Forstarbeiter geschaffen. Diese Zahlung sei seit 1. April in Kraft. Ein Teil der hannoverschen Kreise habe diese Ruheberechtigung auch für ihre Landstrafenwärter anerkannt. Für den verbleibenden Teil sind teils durch uns diesbezügliche Anträge gestellt, oder es wird daran gearbeitet. Mit dem 1. Januar 1926 trete die neue Ruheberechtigung für die Reichsarbeiter in Kraft. Dieser Umstand wird bewirken, daß der Kampf bezüglich der Ruheberechtigung auch für die anderen Arbeiter erleichtert wird. Das Verhältnis der Ruheberechtigung sowie der Witwen- und Waisenversorgung habe sich in der letzten Zeit gegen früher gebessert. — Den Kassenbericht gibt der Kollege Eppler. Die Einnahmen im Jahre 1924 betragen 179 Mt. Diese sind zur Deckung für die Ausgaben von Schiedsprüchen bei der Bezirkschiedsstelle und dem Zentralausschuß verausgabt worden. — Zum Bericht des Gauvorstandes bemerkt der Kollege Meyer, daß alle Arbeiten erledigt worden sind und das Zusammenarbeiten der Kollegen ein gutes und harmonisches gewesen ist. — Anschließend an die Berichterstattung hielt Kollege Stetter einen Vortrag. — Die darauf folgende Diskussion bewachte sich im Sinne der gehaltenen Vorträge. Die Tätigkeit der Gauleitung und des Gauvorstandes sowie der Lohn- und Tarifkommission wurde allgemein anerkannt. Dem Gauassessor Kollegen Eppler erteilte die Konferenz Entlastung für seine Kassenführung. Bezüglich der Beiratswahl wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß für diese Periode Hamburg, Kiel und Lübeck je ein Beiratsmitglied erhielten und Bremen den ersten Ersatzmann bekommt.

Zum Bericht vom Verbandstag referiert der Kollege Heuser. Er gibt die wichtigsten Beschlüsse des Verbandstages bekannt und auch die Änderungen, die im Statut getroffen worden sind. Eine Diskussion wird hierzu nicht beliebt. — Die bestehenden Kommissionen, wie Tarif- und Lohnkommission, werden von der Gautokonferenz bestätigt. In den Gauvorstand werden gewählt: von Bremen die Kollegen Meyer, Eppler, Käting, von außerhalb: die Kollegen Meyenburg-Rüstringen, Rabe-Oldenburg und Voh-Bremerhaven. Laut Statut gehört zum Gauvorstand auch der Gauleiter. Als Revisoren für die Gautafelie werden gewählt der Kollege Tid und Sulmst-Bremen. Bezüglich der Gautafelie wird beschlossen, daß die Filialen bis zu 40 Mitgliedern 2 Mt., bis 60 Mitglieder

3 Mt., bis 100 Mitglieder 5 Mt., alle übrigen 2 Proz. ihrer Einnahmen aus verkauften Beitragsmarken als Beitrag zur Gautafelie zu entrichten haben. Die Gesamteinnahme der Gautafelie wird nunmehr zirka 800 Mt. im Jahr ergeben. Zahlungspflichtig sind nicht die Filialen, die zum Gau Bremen gehören und ihren Gaubeitrag an das Gaubureau in Hannover entrichten. Um die Organisation für das Bildungswesen zu schaffen, beschloß die Gautokonferenz, daß in jeder Filiale ein Bildungsausschuß gewählt werde. Der Vorsitzende der Bildungskommission ist dem Gaubureau schnellstens mitzuteilen. Diese Bildungskommission solle mit dem Filialvorstand gemeinsam arbeiten und Anregungen für Vorträge in den Versammlungen dem Vorstand geben. Der Gauvorstand vertritt einstweilen die Bildungskommission im Gau. — Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag der Filiale Bremen angenommen, der wie folgt lautet: „Nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts sind die Verbandsräte zu Wirtschaftsgebieten zusammenzulegen. Hiernach sind die norddeutschen Gauen zu dem Wirtschaftsgebiet „Nordwest“ unter der Leitung Hamburgs vereinigt worden. Die Aufgaben der Wirtschaftsgebiete sind im Statut niedergelegt, soweit es sich um die Wahrung der allgemeinen Interessen des Verbandslebens handelt. Es erscheint aber zweckmäßig und notwendig, daß sich der Wirtschaftsbezirk Nordwest neben seinen allgemeinen Aufgaben selbst innere Aufgaben stellt, woraus Richtung und Ziel klar zu erkennen sind. Die Gautokonferenz Bremen erucht deshalb die Leitung des Wirtschaftsbezirks Nordwest zu prüfen, ob es möglich erscheint, sich solche inneren Aufgaben im Wirtschaftsgebiet zu stellen, die letzten Endes Erfolg versprechen.“ — Weiter wurde beschlossen, daß die nächste Gautokonferenz in Wilhelmshaven stattfindet.

Rundschau

Eine Studienreise deutscher Gewerkschafter nach Amerika. Am 15. September 1925 hat sich eine größere Delegation der deutschen Gewerkschaften, die sich aus je zwei Vertretern des ADGB, der Verbände der Bergarbeiter, Eisenbahner, Holzarbeiter und des Verkehrsbundes sowie je einem Vertreter des All-Bundes, der Arbeiterbank und der Verbände der Bekleidungsarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter (München) und Lebensmittel- und Getränkearbeiter zusammensetzt, nach Amerika begeben, um auf einer mehrmonatigen Reise die amerikanischen Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse zu studieren.

Ein Jahr Dawesplan. Der Agent für Reparationszahlungen hat jetzt die Abichlußbilanz der deutschen Zahlungen für das Jahr 1924/25 gemäß dem Dawesplan veröffentlicht. Das Zahlungsjahr schließt mit dem Monat August und weist Einnahmen in Höhe von 1.490.457.572,45 Mt. auf. Sie setzen sich aus der Deutschland gewährten Auslandsanleihe von 800 Millionen Goldmark und aus 200 Millionen aus den Zinszahlungen der deutschen Reichsbahngesellschaft zusammen. Dazu treten kleinere Summen, die Zinsen und Kursdifferenzen darstellen. Für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Reparationsanleihe wurden im Laufe des Jahres rund 78 Millionen Mark bereitgestellt. Die Auszahlungen des Agenten für Reparationszahlungen machen für das Jahr 1924/25 893.444.301,56 Goldmark aus. Es verblieb demnach am Schluß des Jahres ein Ueberschuß in Höhe von 107 Millionen Mark. Von den Auszahlungen erhielten Großbritannien rund 190 Millionen, Frankreich 397 Millionen, Italien 61 Millionen und Belgien 94 Millionen Mark. Auf andere Staaten wie Portugal, Griechenland, Polen, Rumänien usw. entfallen 30 Millionen Mark. Der größte Teil der Auszahlungen wurde für die Bezahlung von Sachlieferungen verwendet, und zwar erforderten diese Beträge in Höhe von 420 Millionen Mark. Dagegen beanspruchte die englische Reparationsabgabe Ausgaben in Höhe von 180 Millionen Mark. Für die Bezahlungskosten mußten 187,4 Millionen Mark aufgewendet werden. Davon entfielen 53 Millionen auf den eigentlichen Unterhalt der Befehlstruppen, 103 Millionen auf Requisitions-, Schadenersatzleistungen und Lieferungen auf Grund des Rheinlandabkommens und 30 Millionen auf Lieferungen im Ruhrgebiet.

Wirkung der neuen Zölle. Einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge werden die Zölle für nachstehende Lebensmittel, in denen ein Einfuhrbedarf vorhanden ist, in folgendem Ausmaß rechnet: Beim amerikanischen Schmalz, dessen Preis heute sich auf 108 Pf. pro Pfund stellt, bringt der Zoll eine weitere Verringerung von 5 Pf. pro Pfund. Dazu kommt noch, daß die amerikanischen Preise eine steigende Tendenz zeigen. Bei Cornedbeef beträgt der Zoll 22 Pf. pro Pfund. Hier wird also eine außerordentliche Verteuerung durch den Zoll eintreten. Die Butter wird pro Pfund um 11 Pf. durch den Zoll verteuert, kondensierte Milch um 13 Pf. pro Dose. Die Kuhmilch wird freilich in demselben Maße teurer werden. Der Zoll auf Eier macht pro Ei einen halben Pfennig aus. Allein der Zucker wird nicht teurer werden, da in Folge der Aufhebung des Einfuhrverbotes der billige Auslandszucker einströmen kann. Ohne den Zoll würde eine erhebliche Preisentwertung eintreten.

Eingegangene Schriften und Bücher

Der deutsche Arbeiter in der Internationale. Ein Vortrag von Albert Baumler, Heft 14 der Sammlung „Praktischer Sozialismus“ im Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel, 23 Seiten, broschiert 20 Pf. und 5 Pf. Forts.

Der frühere Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes unterstreicht in diesem Vortrage entschieden die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Verbindung und Verschlingung der Staaten und der Volkswirtschaften. Besonders die Arbeiterschaft hat internationale Organisationen eifrig ausgebaut. Der Krieg und seine Folgen aber haben gezeigt, wie gefährlich es für die deutsche Arbeiterschaft werden kann, wenn sie unter dem Einflusse von Kur-Theoretikern die Internationale zu einem harten Dogma, zu einer Phrase stampeln läßt, ohne zu erkennen, daß auch auf diesen Gebieten noch sehr viele Hindernisse überwunden werden müssen. Im Hand gezeichneten Beispiele aus den letzten Jahren zeigt der Verfasser, daß es „überall wahr, zu glauben, daß die Interessen der Arbeiterschaft der ganzen Welt heute schon die gleichen seien“. Nur „wo die Arbeiterschaft bei ihren internationalen Bestrebungen auf die naturgegebenen Gegensätzlichkeiten Rücksicht nahm, da hat sie gewaltige Erfolge erzielt“. Eine Reihe dieser gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Länder werden in sachlicher und überzeugender Weise dargestellt. Die Schrift wird besonders als Leitfaden des gesunden nationalen, sozialistischen Gedankens in den sozialistischen Arbeiterkreisen, die über ihrem Ziele der Völkergemeinschaft die nächsten Aufgaben ihres eigenen Vaterlandes durchaus nicht übersehen, sicherlich viel Beachtung finden. Es verdient jedenfalls die weiteste Verbreitung in allen Kreisen.

Coffan, Dr. Theodor: Das Führerproblem innerhalb der Gewerkschaften. Heft 8 der von Ernst Riessig herausgegebenen Schriftenreihe des „Stirn“: Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft, 24 Seiten, 50 Pf. portofrei.

Der ehemalige Volkswirt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Coffan, hat im Verlaufe seiner praktischen Tätigkeit reiche Erfahrungen über den inneren Aufbau, die Bewegungskennzeichen, die Antriebe der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesammelt. Insbesondere interessiert ihn das gewerkschaftliche Führerproblem. In der vorliegenden Broschüre vertritt er sich über die Stellung, die Geschlossenheit, die eigentümliche Natur des gewerkschaftlichen Führertums, schildert dessen Stärke, geht aber auch nicht an seinen Schwächen hinweg und wagt. Er denkt das ganze Problem durch, und aus seiner Kenntnis der Sachverhalte heraus schöpft er eine Reihe von Anregungen in Hinsicht auf die zukünftige Ausbildung einer verantwortungsvollen Aufgaben gemessenen gewerkschaftlichen Führerschaft. Die Broschüre verdient ernste Beachtung.

C. Mertens. Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Amsterdam 1925. Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mk.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt unter der Bezeichnung „Internationale Gewerkschafts-Bibliothek“ eine Reihe von Schriften heraus, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern beschäftigen. Das vorliegende Heft 1 behandelt die Gewerkschaftsbewegung in Belgien und schildert ihre Entstehung und Entwicklung, ihre inneren Schwierigkeiten und ihren Umfang, ihre Kämpfe und Bewegungsmomente. Wer sich über die belgische Gewerkschaftsbewegung unterrichten will, findet hier alles Wissenswerte.

Draad. Die freien Gewerkschaften und die Stiche. Industriellen-Verlag, Berlin NW 40, 48 Seiten, Kart. 0,50 Mk.

Draad geht aus von der Stellungnahme des holländischen Disziplinierungsausschusses zu den freien Gewerkschaften. Diese erlittete bekanntlich in der Vergangenheit zu den freien Gewerkschaften die Gefahr des Abfalls vom Glauben und verlor deshalb den Kredit. Demgegenüber hat der Verfasser als Grund zusammengetragen, die vom Standpunkt der Stiche aus die freie Gewerkschaftsbewegung als die notwendige Bedingung der Arbeitnehmersolidarität erkennen lassen. Das Buch ist ein Beweis dafür, daß alle Wissenschaftler, die sich ernsthaft mit dem Bestehen und der Entwicklung der freien Gewerkschaften beschäftigen, wissen sie im höchsten oder nicht höchsten Grade haben, zu dem Ergebnis kommen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung wirtschaftspolitisch, kulturell und ethisch begründet ist. Es beweist ferner, daß die Sonderregeln der christlichen Gewerkschaften, denen die

holländischen Beschlüsse eine willkommene Propaganda geboten haben, mit christlicher Religion nichts zu tun hat und vom Standpunkt wahren Christentums aus keineswegs erforderlich ist. Deshalb sollte jeder Gewerkschafter, der seine Mitgliedschaft ernst nimmt, sich mit dem hier gebotenen Maßstab versehen, um der Wahrheit in Interesse der Gewerkschaftsbewegung zum Siege zu verhelfen.

Sammlung von Reichsgesetzen und Verordnungen arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Inhalts. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister von Dr. Gustav Böhm, Regierungsrat im bayerischen Staatsministerium für soziale Fürsorge. XVI, 618 Seiten Kleinoktav. Seinenband 7,50 Mk. München 1925, G. F. Vgl.

Unter den Sammlungen von Reichsgesetzen und Verordnungen, die der Deutsche Verlag gebracht hat, fehlen noch die Gesetze arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Inhalts. Gerade in unserer Zeit ist eine solche Sammlung dringend notwendig. Dr. Böhm, Regierungsrat im bayerischen Staatsministerium für soziale Fürsorge, hat das weitverbreitete Material zusammengestellt und in nicht weniger als 66 Nummern die gesamte arbeitsrechtliche und sozialpolitische Gesetzgebung bis zum 1. August 1925 in systematischer Ordnung zusammengestellt: 1. Allgemeine Rechtsquellen des Arbeitsrechts, besonders des Arbeiterschutzes, 2. Arbeitszeit, 3. Tarifvertrag, 4. Betriebsräte, 5. Arbeitsgerichtsbarkeit und Schlichtungswesen, 6. Arbeitsmarkt und Erwerbslosenfürsorge, 7. Kriegsoffiziersversorgung, 8. Wohlfahrtspflege, 9. Wohnung- und Erziehungswesen. Ein alphabetisches Register ist beigegeben. Dieser konnte selbst der Kenner kaum den hier gebotenen Reichsstoff mehr überblicken. Diese Sammlung wird wegen ihrer Vollständigkeit und Uebersichtlichkeit sowie mit ihren wertvollen Erläuterungen in der Praxis hochwillkommen sein. Allen Sozialbehörden sei diese Ausgabe besonders empfohlen.

Hans Jess: Die Geschichte eines armen Johanna. Eine Organisation, die es den arbeitenden Menschen ermöglicht, für wenig Geld sich gute Bücher zu erwerben, ist ein Kulturwert von größter Bedeutung. Eine solche Organisation ist der „Bücherkreis“. Gegen 1 Mk. Monatsbeitrag (zur Zahlungserleichterung werden Maxten zu 50 Pf. ausgeben) erhält jedes Mitglied jährlich vier hochwertige, gebundene, ausgestattete Bücher und monatlich eine reich illustrierte, literarisch-künstlerische Monatschrift. Im letzten Buchen ist dieses neue Kulturwert begriffen, und die Bücher erschienenen Bücher haben weitere Tausende veranlaßt, sich dem Bücherkreis anzuschließen, der schon zu einer mächtigen Organisation angewachsen ist. „Die Geschichte eines armen Johanna“ ist das 4. Buch, das der „Bücherkreis“ herausgegeben hat. Es ist ein Buch, aus dem eine seltene Gestaltungskraft spricht, das allseitiges Geschehen in neue Formen gießt, eines von den wenigen Büchern, die den Leser im Tiefsten packen und ihn nicht loslassen, bis er die letzte Zeile in sich aufgenommen hat. Das Schicksal eines armen Roberts geht an uns vorüber. Von einer Dachstube aus, fünf Treppen hoch, mit Blick über rauchende Dächer, Lärme und Fabriken geht sie ihren Weg hinein in das Gemoge der Stadt. Mit lebendiger Zartheit, mit tief menschlichem Verstehen ist alles lebendig geschildert. Wie die arme Johanna aus Unbewußtem heraus nach Lodenem greift, wie Lebens- und Erlebnisbejahung ihren Weg bestimmt, wie aus einem allseitigen Ereignis ihr Schicksal geboren wird. Ihren Weg zu Freude und Lust erleben wir und schauen die tiefsten Tiefen ihrer Seele. Und dann beginnt ihr Lebensweg mit einer gerodeten, geschändeten Mutterhofft. Aus der glänzenden Wohnung steigt die arme Johanna wieder hinauf in ihr Dachstübchen im fünften Stock. Siele ihrer alten Kunden, die ihr sonst Rabarbeit geben, weisen sie jetzt straff ab. Sie glauben, einem Mädchen, das sich ohne Gegenstand des Parades den Männern so hingeben hatte, wie es nur Menschen von Geiz und Götter wegen erlaubt war, hässlicher Arbeit nicht anvertrauen zu können. Doch einmal hat ein Mann ihr sein Herz an. Da ihr eine Freude machen zu können, wurde er zum Dieb, dem das Gefängnis. Und Johannas Schicksal baute sich zu heftigem Leid und erfüllt sich in Elendstüben oben in der Dachstube im fünften Stock, von wo sie einst hinaufgestiegen war in das Gemoge der Stadt, zu Freude und Lust. Wollt ihr dies Buch lesen und verstehen? — Es gibt einen einfachen Weg zu diesem Ziel. Werbet Mitglieder im Bücherkreis! Werbet und wegen Aufnahme an die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Duden 628 G, Hinderstr. 1.

Warum? Kriegslebensbilder eines Mitgehabten. Von Hans Albert Görtzel. Verlag: Die Billa, Leipzig-Plagwitz. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Qualitäts - Instrumente
aller Art

Schallplatten
Reichste
Auswahl

Katalog
gratis



Lebbers Musikwaren - Versand, Leipzig 24, Markt 12.

„Komet-Freilauf“
gehört in jedes Fahrrad!

Unverwundlich im Gebrauch!



Preuss. Klassenlotterie

In Sachsen und Hamburg genehmigt.

Ziehung 1. Klasse am 16. u. 17. Okt. 1925.

Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppelloos:

Zwei Millionen Reichsmark.

1000 000 200 000

500 000 100 000

300 000 75 000

und sehr viele Mittelgewinne.

Jede Klasse derselbe Lospreis:	3/4	3/4	3/4	3/4	Doppelloos
	3.-	6.-	12.-	24.-	48.- RM.

Porto u. Gewinnliste 30 Pf. extra. Zahlung nach Empfang der Lose. Gewissenhafte Zuzahlung der Lose und Gewinnlisten.

Staatl. Lotterie-Einnahme

A. Bergemann, Berlin-Wilmersdorf

Postcheckkonto: Berlin 5667.

Bayerische Straße 12.

Reklamepreis nur 4 Mk.



Alle deutsche Herren-Arkeruhr Nr. 62, stark verziert, 30 stündige Werk, genau reguliert, kostl. . . nur 4,00 Mk.
 Nr. 63 dieselbe mit Schmalz . . . nur 4,50 Mk.
 Nr. 64 dies. mit verziertem m. Goldrand u. Schmalz . . . nur 5,00 Mk.
 Nr. 65 dieselbe mit besserem Werk . . . nur 5,50 Mk.
 Nr. 66 mit Sprungl., ganz verziert . . . nur 6,00 Mk.
 Nr. 67 Damend., verziert, mit Schmuck . . . nur 7,00 Mk.
 Nr. 68 dies., kleines Format . . . nur 8,00 Mk.
 Nr. 69 dies., acht Silber, 18 Stück . . . nur 20,00 Mk.
 Metall-Uhrkapseln
 Panzerkette, verziert 0,50 Mk., mit verziert . . . nur 1,00 Mk.
 echt verziert 2,00 Mk., Goldschmuckkette . . . nur 5,00 Mk.
 Nr. 47 Armbanduhr mit Roman . . . nur 8,00 Mk.
 Nr. 44 dies., vierst. Para mit Roman Werk . . . nur 12,00 Mk.
 Wecker, ohne Musikwerk . . . nur 2,00 Mk.
 Uhren-Hose, Berlin 224 Zessner Str.

Garantie-Fahrräder

mit Freilauf

für Herren: **76⁰⁰ M.**  **84⁰⁰ M.** für Damen:

Man verlange kostenlos Katalog von der **Sigurd-Gesellschaft m. b. H. Cassel 107**

REPUBLIK EUROPA

von Otto Lehmann-Rußbildt

Preis 1.- Goldmark

Gummi Saug, etc. hyg. Art. Preis, send gratis, disk. Versand, Pharm. hyg. Industrie Medicus, Berlin N 54, Veltensstr. 25 L.

In der Sammlung Schriften zur „Aufklärung u. Weiterbildung“

herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind bisher erschienen:

- Heft 1: Aufsätze zur Einführung in die Psychologie.** Von W. LUKAS, Essen.
- Heft 2: Sammelwerk** (erscheint in Neuauflage).
- Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.** Von JOH. GUT, Berlin. Zweite Auflage.
- Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.** Von JOH. GUT, Berlin. Zweite Auflage.
- Heft 5: 1. Die wirtschaftlich. Entwicklung in Deutschland 2. Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung.** Von FRITZ MÜNTNER, Berlin.
- Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.** Von EMIL DITTMER, Berlin.
- Heft 7: Soziale Gedichte.** Von A. PETZOLD, W. LAND, MAX BARTHEL, BRUNO SCHÖNLANK, W. BULAN, MAX DORTU, ERNST TOLLER u. a.
- Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 1. Teil.** Von JOH. GUT, Berlin.
- Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts. 2. Teil.** Von JOH. GUT, Berlin.
- Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.** Kurse Biographien über MARX, BEBEL, LEGIEN u. a.
- Heft 11: Der Einfluss des Gesetz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsoblenen.** Von RUDOLF WECK, Berlin-Friedrichshagen.
- Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?** Von OSKAR KURPAT, Leipzig.
- Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.** Von WILLY SCHAPITZ, Leipzig.
- Heft 14: Der Weg aus der Wohnungsnot.** Von VICTOR NOACK, Berlin.
- Heft 15: Die deutsche Literatur.** Von JOHANNES GUT, Berlin.
- Heft 16: Gewerkschaften, Industrie-Menschen und Produktionsschule.** Von EMIL DITTMER, Berlin.
- Heft 17: Gemeinwirtschaft, Sozialismus und Gewerkschaften.** Von HERMANN MAITUTAT, Stuttgart.
- Heft 18: Die internationale Gewerkschaftsbewegung.** Von OSKAR KURPAT, Leipzig.

Die Preise für die Hefte 1 bis 4 und 8 bis 18 sind **0,40 Mk.**, für die Hefte 5 bis 7 **0,25 Mk.**, für Gewerkschaftsmitglieder nur **0,25 Mk. bzw. 0,15 Mk.**

Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO 33, Schlesiische Straße 42.

Druck: Norddeutsches Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Bauhaus & Co. Berlin SW. 69, Udenstr. 3. Kleingiebig Anzeigenannahme: Präger-Danf & Co. m. b. H. Berlin SW. 61, Brühl-Alliance-Str. 18. Tel. Rollendorf 3005 bis 3008. Verantwortlich für Anzeigen: Paul Gange, Berlin-Tempelhof.